Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł. mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł. vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — **Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung ꝛc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz.Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.**

Nr. 276 — **Bromberg, Freitag, den 1. Dezember 1933** — **57. Jahrg.**

Aus einem Saulus wird ein halber Paulus.

Bekenntnis zur polnischen Initiative.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Am 15. November fand das in der neuen deutsch-polnischen Geschichte vermutlich bedeutungsvollste Gespräch des deutschen Reichskanzlers Hitler mit dem polnischen Gesandten Lipski in Berlin statt. An diese historische Unterredung hat sich die Belvedere-Konferenz des Marschalls Piłsudski mit dem deutschen Gesandten in Warschau, von Moltke, im Beisein des Außenministers Beck, als eine protokollarisch unbedingt notwendige Ergänzung angereiht. Der Zusammenklang dieser beiden Gespräche von hoher Tragweite erschöpft die erste Etappe in dem von den obersten Faktoren Deutschlands und Polens angebahnten Verständigungswerk.

Das offizielle Communiqué über das Gespräch des Marschalls mit dem Gesandten von Moltke wurde von der Warschauer Regierungspresse nicht zum Anlaß genommen, in ergänzenden Kommentaren den Standpunkt der Regierung über die deutsch-polnische Verständigung eingehender darzulegen und besonders, was die Allgemeinheit bestimmt erwartete, gewisse Mißdeutungen und Verdächtigungen, durch welche die Oppositionspresse gegen diese Verständigung Stimmung zu machen sucht, durch eine entschiedene Widerlegung unwirksam zu machen. Statt dessen schweigt die maßgebende Regierungspresse — ein Verhalten, das in politischen Kreisen verschieden aufgefaßt und gedeutet wird. Manche wollen in diesem Verhalten sogar ein Zeichen der Verlegenheit sehen, andere dagegen halten diese Zurückhaltung, indes der Weltpressechor alle seine Weisheiten ausschüttet, für besonders geschickt.

Nur vereinzelte Stimmen von der Perpherie des Sanierungslagers lassen sich vernehmen, und diese Stimmen sind dadurch interessant, daß sie ganz neue Töne anschlagen, als ob sie Inspirationen, die vielleicht erst erfolgen sollen, vorwegnehmen wollten. Geradezu überraschend wirkt die Umstellung, welche der Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny" einen seiner begabtesten Equilibristen bei der Anbahnung der schließlich doch zustande kommenden deutsch-französischen Gespräche vollziehen läßt. Offenbar weiß man in Krakau, daß sich in Warschau das Blättchen gewendet hat, wenn an den „Pom."-Leitartikler der Auftrag erging, mit Grazie alle seine früheren Leitartikel selbst zu widerlegen und das Publikum vor Irrtümern zu warnen, zu denen er es noch gestern gern selber verführte. Die Ausführungen des Publizisten, der sich selbst ins Gesicht schlägt, sind ausgezeichnet, ja geradezu reizend und außerdem in vieler Hinsicht belehrend. Gestern noch war es unpatriotisch zu glauben, daß **von Polen die Initiative zu den deutsch-polnischen Gesprächen** ausgegangen sein könne, und weiter, daß **Polen den deutsch-französischen Verhandlungen den Weg gebahnt habe;** heute sind das gerade die Thesen, welche im Leitartikel des Krakauer „Kurjer" mit Schneid bewiesen werden.

Der Leitartikelschreiber streift eingangs die Ärmel hoch und spricht also zum Publikum: Meine Herrschaften, für jedes Geschehen sind Analogien in der Geschichte vorhanden, auch für die unverhoffte Wendung der letzten Tage. Im Jahre 1898 gab es einen fürchterlichen Krach zwischen Frankreich und England; und gerade in dem Augenblick, als — bereits im Jahre 1899 — im französischen Parlament gegen England gewettert wurde, hat justament die Französische Regierung mit England Verhandlungen angeknüpft, die schließlich zur französisch-englischen „Entente cordiale" geführt haben. Nach außen schimpft man gewaltig, und heimlich beginnt man sich zu verständigen ... So geht es meine Herrschaften, in der Politik. **„... In der Politik werden verschiedene Dinge oft gerade dann möglich, wenn sie nach außen am wenigsten möglich erscheinen ..."**

Nach dieser glücklichen Einführung enthüllt der Publizist seinem sicher verblüfften Publikum, **daß die Französische Regierung dem Gesandten François Poncet die Weisung, mit Deutschland zu verhandeln, schon damals gegeben hatte,** als das französische Parlament der Politik Paul-Boncours seine Bestätigung gab, **einer Politik, die „auf der Fiktion einer gemeinsamen Front Frankreichs mit England, Amerika und Italien gegen Deutschland beruhte".** — Auf einer Fiktion beruhte ... Das steht deutlich gedruckt! Nach diesem Bekenntnis fällt die weitere Umstellung schon nicht mehr schwer.

Herr „Pom." räumt ein, daß sich Frankreich angesichts der „gewaltsamen Friedensoffensive" des Reichskanzlers Adolf Hitler in einer neuen Situation vorgefunden habe, nachdem die französische Idee einer Fortführung der Abrüstungs-Konferenz und der Abstimmung über die Schlußresolution ohne Teilnahme Deutschlands sich gleich als totgeborenes Kind erwiesen hatte. In dieser Situation ergab sich für Frankreich die Notwendigkeit, unmittelbare Gespräche mit Berlin anzuknüpfen, **also einen Schritt zu tun, den Polen schon vorher getan und damit „einen starken Eindruck in Europa und insbesondere in Deutschland selbst hervorgerufen hatte."**

Halten wir fest, daß es als Verdienst Polens bewertet wird, diesen Schritt zuerst getan zu haben. Die weiteren Einräumungen und Eingeständnisse sind aber noch interessanter und stellen eine gewaltige Umdrehung des Gesichtswinkels dar, die der Krakauer „Kurjer" blitzschnell vollzieht. Jetzt spricht kein Saulus mehr, sondern schon ein im Werden begriffener Paulus.

„Der Eindruck, daß die Hitler-Regierung kein entsprechender Partner zu vertraulichen Gesprächen sei, zerrinnt in Paris. Die verantwortlichen Faktoren wissen bereits, **daß man mit Hitler ebenso sprechen kann, wie man einst mit Stresemann, und später mit Brüning gesprochen hatte. Es bleibt Tatsache, daß wer mit den Deutschen sprechen will, dies nur tun kann, wenn er mit Hitler spricht. Nachdem das dauernde Ignorieren der Erscheinung Hitlers und seiner Politik sich infolge des Mangels an Einmütigkeit der Großmächte als unmöglich erwiesen hatte, mußte Frankreich, das am längsten die täuschende Hoffnung auf die passive Überwindung Hitlers gehegt hatte, sich schließlich ebenfalls den Tatsachen anpassen, sobald die Tatsachen sich nicht mehr der französischen Politik anpassen wollten ...**"

Wie treffend ist dies von einem Blatte gesagt, das diese Politik „der passiven Überwindung Hitlers" bis gestern mitgemacht hatte. Das ist aber auch die höchste Stufe der Einsicht, die der Krakauer Publizist zu erklimmen vermag. Weiter emporzusteigen, ging — für heute wenigstens — über seine Kraft, und als er zurückschaute, packte ihn der Schwindel. Offenbar glaubte er wutverzerrte Gesichter unten zu sehen und es gereute ihn, sich vorgewagt zu haben. Im weiteren kriecht daher der gute Mann — wenigstens heute noch — zitternd auf den Standpunkt zurück, von dem Herr Dmowski und einige verabschiedete Generäle noch nicht weichen wollen. Wir kennen diesen Standpunkt:

„Für Deutschland bilden die mit Frankreich begonnenen Gespräche eine weitere wichtige Etappe in der Politik der **friedlichen Vorbereitung des Revanchekrieges. Die Deutschen sind heute bereit, allen alles zu versprechen, um sich einige Jahre Ruhe zu sichern."** Das bekannte Lied, nur variiert mit historischen Erinnerungen an die Zeit, als Wilhelm II. ebenfalls Frankreich zu betören suchte, doch in Eduard VII. einen geschickteren Nebenbuhler fand. Jetzt brauche aber — gesteht der Krakauer Politiker mißmutig — Hitler die Nebenbuhlerschaft Großbritanniens nicht zu befürchten, denn dieser Partner ist gerade am meisten bemüht, Frankreich zur Verständigung mit Deutschland zu bewegen.

Und so geschieht es „seltsamerweise" — schließt der Mann, zu den Tönen vom Anfang zurückkehrend — **„daß die polnische Initiative dem Entschluß der französischen Politik den Weg gebahnt hat.** Polen schloß mit den Sowjets den Nichtangriffspakt ab. Nach einigen Wochen beeilte sich Frankreich, dasselbe zu tun. Polen begann unmittelbare Gespräche mit Hitler. Zwei Wochen später hat Frankreich dasselbe getan.

„Diese Übereinstimmung der selbständig unternommenen politischen Handlungen ist der beste Beweis dafür, **daß sie alle in der Logik der gegebenen Situation enthalten, daß sie durch gewisse Notwendigkeiten diktiert sind, die sich als stärker erweisen als die Menschen und deren am stärksten verwurzelten Vorurteile."**

Stärker als die stärksten Vorurteile sind also doch die Notwendigkeiten, welche die polnische Initiative verursacht haben! Diese Feststellung ist wertvoll und erfreulich. Wir Deutschen in Polen haben dies neue Lied schon seit vielen Jahren gesungen!

Vor einem Kurswechsel in Wien?

Dollfuß für Beseitigung der Spannung zwischen Österreich und Deutschland.

In eben den Tagen, in denen das deutsch-österreichische Verhältnis durch den tragischen Zwischenfall an der bayrischen Grenze auf eine neue Belastungsprobe gestellt wird, kommen aus Wien Nachrichten, die darauf schließen lassen, daß innerhalb der Österreichischen Regierung die Voraussetzungen für einen Kurswechsel dem Deutschen Reich gegenüber heranzureifen scheinen. Der Bundeskanzler Dollfuß hat sich in einer Rede mit dem Verhältnis der beiden Länder zueinander beschäftigt. Er hat zwar wieder die „Selbständigkeit" Österreichs, die deutscherseits gar nicht angegriffen worden ist, als Postulat gefordert, und er hat jede Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse seines Landes noch einmal abgelehnt, obwohl die Deutsche Regierung dies nie versucht hat, aber er hat dann doch weiter gesagt, die Österreichische Regierung sei zu einer Beseitigung der Spannung zwischen Österreich und Deutschland durchaus bereit.

Gleichzeitig hat sich der ehemalige Vizekanzler Winkler, der Führer der nationalständischen Front, in einer Rede mit den gleichen Fragen auseinandergesetzt. Winkler ist schon in den Zeiten, als er noch im Kabinett Dollfuß saß, ein entschiedener Vertreter eines großdeutschen Nationalbewußtseins gewesen. Er hat diesen Standpunkt jetzt noch betonter herausgearbeitet, indem er erklärte: „Wir stehen heute zum Deutschen Reich. Von diesem Standpunkt lassen wir kein Jota nach, weil wir uns aus dem deutschen Kulturkreis nicht entfernen lassen ... Wir wünschen ein deutschbewußtes Österreich. Wir sind für den Frieden mit allen Nachbarn, in erster Linie für den Frieden mit dem Deutschen Reich." Und er fügte hinzu: „Ich glaube, wir sind diesem Frieden nicht so fern, als manche meinen. Wir werden uns sehr bald davon überzeugen können, daß ein solcher Frieden möglich ist, und zwar möglich, ohne daß in Österreich die innerpolitischen Grundlagen eine Änderung, einen Wechsel erfahren. Es ist meine feste Überzeugung, daß wir mit dem Deutschen Reich sehr bald zu normalen Verhältnissen kommen werden, die nicht nur wir in Österreich brauchen, die auch das Deutsche Reich braucht."

Diese im Namen der Nationalständischen Front gesprochenen Worte gewinnen ihre Bedeutung erst dadurch, daß aus Wien in bestimmtester Form eine Umbildung des Kabinetts Dollfuß unter Einbeziehung von Vertretern dieser Nationalständischen Front gemeldet wird. Sie wird sogar ganz präzise für spätestens Freitag dieser Woche vorausgesagt. Das Präludium zu dieser Reaktivierung der Kreise um Winkler wurde durch die Auseinandersetzungen geliefert, die zwischen Winkler und Starhemberg stattfanden und die auf beiden Seiten in reichlich massiver Form geführt wurden. Wenn Winkler noch in seiner letzten Rede dem Fürsten Starhemberg sozusagen abschließend „feiges Davonlaufen und Auskneifen" vorwirft, so enthüllt das, wie groß die Unstimmigkeiten zwischen den beiden Gruppen geworden sind. Sie bestehen aber nicht nur zwischen den Heimwehren und dem engeren Winklerschen Anhang im Landbund, gegen den sich die Starhembergschen Angriffe vor allem richteten, sondern auch zwischen Heimwehren und Christlich-Sozialen, also der Partei des Bundeskanzlers Dollfuß. Das alles läßt darauf schließen, daß der Einfluß Starhembergs, der nach der Ausschiffung der Landbündler und der Neubildung des Kabinetts zeitweise recht stark war, und der sich im antideutschen Sinne auswirkte, im Schwinden begriffen ist.

Wenn demgegenüber jetzt Persönlichkeiten von der klaren Deutschbewußtheit Winklers ins Kabinett eintreten, so darf man darin gute Vorzeichen für eine Neuordnung der Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich erblicken. Man verrät kein Geheimnis, wenn man darauf hinweist, daß in der Zwischenzeit die Fühlung zwischen den beiden Ländern in vorsichtiger Form bereits aufgenommen wurde. Und vielleicht darf man in der bevorstehneden Regierungsumbildung die Bestätigung dafür erblicken, daß sie zu einem für beide Teile befriedigenden Ergebnis geführt hat. Daß an den darüber vorliegenden Nachrichten nicht zu zweifeln ist, ergibt sich daraus, daß sowohl die der deutsch-österreichischen Verständigung seit jeher abgeneigte Wiener Presse wie gewisse französische Zeitungen, die den Bruderzwist im deutschen Lager bei jeder Gelegenheit schürten, schon im voraus gegen eine etwaige Änderung des Wiener Regierungskurses heftig Sturm laufen. Die in tschechischen Händen befindlichen Wiener Zeitungen versuchen, Dollfuß auf früher von ihm abgegebene Erklärungen festzulegen und folgern kategorisch: „Mit Hitler gibt es keine Verständigung." Das „Journal des Débats" aber warnt den Bundeskanzler davor, „die wahren Freunde Österreichs" — worunter es wohl die Franzosen begreift — zu verraten.

Die Dinge scheinen glücklicherweise schon so weit gediehen zu sein, daß diese durchsichtigen Quertreibereien kaum noch Erfolg haben werden. B.

*

Wien, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Polizei-Direktion Wien hat bisher 69 Personen wegen angeblicher österreich-feindlicher Umtriebe die österreichische Staatsbürgerschaft entzogen.

Die Steuern des Fürsten Pleß.

Die polnische Presse berichtet über eine Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts in Warschau im Steuerstreit des Fürsten Pleß mit der Polnischen Regierung. Danach hat das Oberste Verwaltungsgericht entschieden, den Steuerbeschwerden des Fürsten für die Steuerjahre 1924, 1926, 1927 und 1930 ganz oder teilweise stattzugeben, die Einwände des Fürsten für die Steuerjahre 1925, 1928 und 1929 aber zurückzuweisen. In der Praxis soll diese Entscheidung darauf hinauslaufen, daß die **Steuerforderungen des Staates an den Fürsten um etwa 25 Prozent reduziert** werden. Die ganze endgültige Höhe der staatlichen Steuerforderung an den Fürsten soll die Appellationskommission festsetzen, der die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts zur Durchführung überwiesen wird.

Wie sich aus dem Urteil ergibt, sind die Behauptungen einer gewissen polnischen Presse, daß die Einwendungen des Fürsten von Pleß gegen die Steuerbemessung abwegig gewesen seien, auf sehr wackligem Grunde aufgebaut gewesen. Andernfalls hätte das Oberste Verwaltungsgericht die Beschwerden nicht selber berücksichtigt.

Der Reichstag zum 12. Dezember einberufen

Wie der Parlamentsdienst der Telegraphen-Union vom Reichstagsbüro erfährt, ist der neugewählte Reichstag zu seiner konstituierenden Sitzung für Dienstag, den 12. Dezember, 15 Uhr, einberufen worden. Eine besondere Tagesordnung liegt nicht vor; jedoch erfolgt in dieser Sitzung, die vom bisherigen Reichstagspräsidenten Göring geleitet wird, die Konstituierung des Reichstags. Die Sitzung findet in den Räumen der Kroll-Oper statt.

Rücktritt des Geistlichen Ministeriums.

Berlin, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.) Das Geistliche Ministerium der deutschen evangelischen Kirche ist zurückgetreten. Der Reichsbischof hat die Rücktritserklärung angenommen und die Mitglieder des geistlichen Ministeriums gebeten, bis zur Neubildung ihre Ämter weiterzuführen.

Nach dem Rücktritt des lutherischen Mitgliedes, Bischof Dr. Schoeffel-Hamburg und des unierten Mitgliedes, Bischof Hossenfelder-Berlin war nur noch das reformierte Mitglied des geistlichen Ministeriums, Pfarrer Weber neben dem Reichsbischof zurückgeblieben. Die obige Meldung besagt, daß jetzt auch Minister Weber zurückgetreten ist, um dem Reichsbischof völlige Freiheit bei der Ernennung eines neuen Ministeriums zu geben.

*

Zu dem Rücktritt des Landesbischofs von Hamburg D. Schöffel aus dem Kirchenministerium wird noch folgendes bekannt:

D. Schöffel gehörte dem Kirchenministerium als Lutheraner an. Sein Rücktritt ist aufzufassen als ein Protest gegen die jüngsten Vorgänge bei den Deutschen Christen und als eine Weigerung, mit ihnen im Kirchenministerium zusammenzuarbeiten. Er bedeutet damit eine Unterstützung der Forderungen des Pfarrer-Notbundes.

Auch Pommern

sagt sich von der Reichsleitung der „Deutschen Christen" los.

Stettin, 26. November. Bischof Thom, der Führer der pommerschen Kirche und Landesleiter der Deutschen Christen, Gau Pommern, hat eine Kundgebung erlassen, in der er sich von der Berliner Reichsleitung lossagt. Die Kundgebung beginnt mit folgender Erklärung:

„In bitterernster Stunde der evangelischen Kirche wende ich mich an die evangelische Bevölkerung Pommerns und an die Freunde und Kampfgenossen der Glaubensbewegung Deutsche Christen. Die Glaubensbewegung Deutsche Christen hat in Pommern, seitdem ich an ihre Spitze trat, eine eigene Note gehabt. Wir haben das positive Christentum in Punkt 24 des Parteiprogramms ernst genommen. Wir haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß jede Glaubensbewegung, will sie den Zusammenhang mit der Reformation Martin Luthers wahren, ernsthaft und fest auf dem Boden von Bibel und Bekenntnis stehen muß. **Wir wollten das alte Evangelium hineintragen in das neue herrliche Reich.** Das war das Neue, was uns bewegte und was allem unseren Sprechen und Verkünden eine neue Note gab, daß wir als Kämpfer hineingestellt waren in eine große Zeit des Umbruchs und der Neugestaltung." —

Zum Schluß der Kundgebung des Bischofs von Pommern heißt es:

„Nach ernster, reiflicher Überlegung bin ich mir vor Gott und meinem Gewissen über folgendes klar geworden:

1. Es geht jetzt um das Schicksal der Kirche und um die letzte Möglichkeit, den wirklichen Frieden in der Kirche herzustellen durch offene Worte.

2. Es geht darum, die Entwicklung zu der einen deutschen evangelischen Kirche hin zu sichern und auszubauen, die Freudigkeit und Willigkeit aller vorwärtsstrebenden Kräfte in der Kirche zu erwecken und einzusetzen im Ringen um ihren inneren Ausbau und um das große Werk der Volksmission.

3. Es geht darum, daß wir uns in voller Einmütigkeit auf allen Seiten hinter den erwählten Reichsbischof Ludwig Müller stellen und ihn mit unserer Fürbitte und unserer Mitarbeit stützen.

4. Es geht schließlich darum, daß die reinen und großen Ziele der Glaubensbewegung, die sie zur Hoffnung von vielen Hunderttausenden machten, nicht verwischt und verdorben werden durch Unklarheiten und mangelnde Entschiedenheit in dem, was das Wesen der Kirche ausmacht. Darum habe ich dem Herrn Reichsbischof mitgeteilt, daß ich mich mit aller Klarheit hinter ihn und sein Wollen stelle, daß ich aber gleichzeitig in meiner Eigenschaft als Landesstellenleiter der Deutschen Christen Anordnungen der jetzigen Reichsleitung der Deutschen Christen nicht mehr entgegennehme, bis auch hier volle Klarheit und Entschiedenheit hergestellt ist."

*

Kein weltlicher Eid in Deutschland.

Berlin, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.) Das jetzt im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Gesetz zur Einschränkung des Eide im Strafverfahren, das am 1. Januar 1934 in Kraft tritt, sieht auch eine neue Eidesformel vor. Während der Zeuge bisher die ganze Eidesformel nachsprechen mußte, wird die Vereidigung in Zukunft in der Weise erfolgen, daß der Richter an den Zeugen die Worte richtet: „Sie schwören bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, daß Sie nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen haben", und der Zeuge hierauf die Worte spricht: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe." Wie bisher hat der Schwörende bei der Eidesleistung die rechte Hand zu erheben.

Stumme leisten den Eid in der Weise, daß sie die Worte: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe" niederschreiben und unterschreiben. Stumme, die nicht schreiben können, leisten den Eid mit Hilfe eines Dolmetschers durch Zeichen. Gibt ein Zeuge an, daß er Mitglied einer Religionsgesellschaft sei, der das Gesetz den Gebrauch gewisser Beteuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, so steht eine unter der Beteuerungsformel dieser Religionsgemeinschaft abgegebene Erklärung der Eidesleistung gleich. Eine weltliche Form des Eides gibt es nach dem neuen Gesetz dagegen nicht mehr.

Paläste sollten brennen.

Weitere Kriminalbeamte im Reichstagsbrandstifter-Prozeß.

Leipzig, 30. November.

Die im Reichstagsbrandstifterprozeß am Dienstag vom Senat vernommenen Kriminalbeamten sind auch am Mittwoch zur Verhandlung erschienen. Kriminalsekretär Brosig, Düsseldorf, teilt zunächst in Ergänzung seiner Aussage noch mit, daß am 28. Februar in Düsseldorf eine Giftkolonne dingfest gemacht worden sei, die den Auftrag hatte, bei einem Aufstande das Essen in den SA-Küchen zu vergiften. Der Angeklagte Torgler kommt auf die vom Zeugen erwähnte Eisenbahnerkonferenz am 15. Januar in Düsseldorf zurück. Er wisse von dieser Konferenz, daß es sich um eine absolut legale Gewerkschaftssitzung gehandelt habe. Zeuge: Für uns war es eine illegale Versammlung, denn wir haben damals Schriftenmaterial beschlagnahmt, in dem gesagt wurde:

„Wer die Eisenbahner hat, hat die Hand an der Gurgel!"

Gegenüber einer Behauptung Torglers, daß das in den kommunistischen Geheimbureaus beschlagnahmte Karten- und Skizzenmaterial lediglich der RGO für ihre organisatorische Tätigkeit hätte dienen sollen, weist der Zeuge darauf hin, daß bei dem Anfang Februar in einem Geheimbureau beschlagnahmten Kartenmaterial sich Skizzen von Polizeikasernen befanden, die für eine legale Tätigkeit der RGO überhaupt keinen Zweck hätten haben können. Dimitroff verlangt nähere Einzelheiten über die Düsseldorfer Giftmordangelegenheit. Er erklärt die Annahme, daß die KPD SA-Männer hätte vergiften wollen, für „absolut idiotisch". Zeuge: Wir hatten die Nachricht bekommen, daß zwei Personen in Schutzhaft saßen, die über größere Giftmengen verfügten. Ich habe daraufhin für die Freilassung dieser beiden Leute gesorgt und sie beobachten lassen. Sie begannen darauf das Gift zu verschleppen. Das Gift ist so durch fünf bis sechs Hände gegangen, bis es uns gelang, es zu beschlagnahmen. Der Eigentümer war der frühere Bezirksleiter des Jungspartakusbundes im Bezirk Niederrhein-Düsseldorf. Für die große Rolle, die er in der Partei gespielt hat, spricht auch die Tatsache, daß wir bei ihm fünf bis sechs Mitgliedskarten der verschiedensten kommunistischen Nebenorganisationen fanden. Dimitroff glaubt, daß das Gift auch zu anderen Zwecken hätte dienen können. Der Zeuge erklärt:

Das Gift wäre seiner ganzen Art nach von den Besitzern dazu bestimmt, Menschen umzubringen.

Nach der Vernehmung des Zeugen Kriminalsekretär Brosig-Düsseldorf beginn Dimitroff mit seinen Fragen an die Kriminalbeamten, die alsbald in Propagandareden ausarten. Es sind Fragen, die teilweise schon beantwortet sind, teils von diesen Zeugen nicht beantwortet werden können. Der Senat läßt schließlich nur folgende drei Fragen zu: Welche Anordnungen sind vor dem Brande gegen einen bewaffneten Aufstand getroffen worden? Wann sind nach dem Brande die Verhaftungen erfolgt? Welche Gründe waren dafür maßgebend?

Kriminalrat Heller erklärt dazu: Die Umorganisierung der Schutzpolizei ist erfolgt, um den kommunistischen Aufruhr zu bekämpfen und um schlagkräftiger dagegen auftreten zu können. Es sind höhere Polizeiführerstellen errichtet worden, die von sich aus schneller durchgreifen konnten, als wenn es erst der Anordnung einer zentralen Stelle bedurft hätte. Die Tätigkeit der Kommunisten wurde schärfstens beobachtet. In Berlin wurde die Anweisung zu den Verhaftungen noch in der Nacht nach dem Reichstagsbrande gegeben und am frühen Morgen setzte die Aktion als eine Art Präventivmaßnahme ein. Im übrigen hat die Ursache zu den politischen Zusammenstößen stets auf seiten der Kommunisten gelegen.

Daß natürlich die Nationalsozialisten nicht dauernd dabei der Amboß sein wollten, ist selbstverständlich.

Der Angeklagte Torgler muß nun schon auf das Hilfsmittel der mehr oder weniger stichhaltigen Argumente zurückgreifen, die die Minister der SPD damals in den Parlamenten vorzubringen wußten. Er meint, Severing und Grzesinski hätten doch eine Menge Material gegen die Nationalsozialisten vorgelegt.

Zeuge: Ich selbst hatte nur die linksradikale Bewegung zu bearbeiten. Es herrschte aber nur eine Meinung darüber, daß die Anstifter zu den Überfällen in den vergangenen Jahren durchweg die Kommunisten waren.

Die Kriminalbeamten bekunden in Beantwortung der Fragen nacheinander und übereinstimmend, daß die Verhaftungen teils schon vor, teils auch mehr oder weniger kurze Zeit nach dem Brande als Präventivmaßnahmen erfolgten. Wenn man auch nicht direkt gewußt habe, was kommen würde, so ahnte man doch allgemein einen Aufruhr von kommunistischer Seite, und zwar, weil man aus der ganzen kommunistischen Tätigkeit genügend Anhaltspunkte dafür hatte. Man sagte sich: Sind erst die Führer festgesetzt, dann werden die geplanten Maßnahmen, welcher Art sie auch sein mögen, nicht zur Durchführung kommen können.

Es tritt dann die Mittagspause ein, nach der u. a. Torgler eine längere Erklärung zu dem politischen Konflikt abgeben will.

In der Nachmittagssitzung geht der Vorsitzende noch einmal auf die Frage der Verhaftung bzw. freiwilligen Selbstgestellung Torglers ein.

Torgler schildert dann, wie er gemeinsam mit Rechtsanwalt Rosenfeld den Kriminalrat Heller im Polizeipräsidium aufgesucht habe. Kriminalrat Heller stellt gegenüber dieser Aussage fest, daß noch in der Nacht nach der Brandstiftung durch Polizeifunk die Grenzen für kommunistische Abgeordnete und Funktionäre gesperrt wurden und ein genereller Haftbefehl ausgegeben wurde. Selbstverständlich habe sich der Haftbefehl auch auf Torgler erstreckt. Torgler wendet hier wiederum ein, daß diese Umstände ihn keineswegs zur Selbstgestellung veranlaßt hätten. Es seien ja trotz der Grenzsperrung eine ganze Anzahl kommunistischer Spitzenfunktionäre ins Ausland gelangt, und das wäre ihm bestimmt ebensogut möglich gewesen, wenn er die Absicht gehabt hätte, sich der Polizei zu entziehen.

Dimitroff kommt dann wieder mit einem seiner Beweisanträge, die sichtlich publikumswirkend sind, und Sensation um jeden Preis machen sollen. Er verlangt die Ladung des früheren zweiten Bundesführers des Stahlhelm, Oberstleutnant a. D. Duesterberg, der über die Beziehungen zwischen Nationalsozialisten und Stahlhelm im Jahre 1933 aussagen soll. Auf Antrag des Oberreichsanwalts lehnt Präsident Bünger den Beweisantrag Dimitroffs ab.

Der Kriminalkommissar Brosig gibt dann noch einen bemerkenswerten Vorgang bekannt: In einer Konferenz des Kampfbundes gegen den Faszismus, die am 25. und 26. Februar in Remscheid stattfand, hat der kommunistische Abgeordnete Oskar Müller als einer der Leiter des Kampfbundes im Verlaufe seines Referats erklärt,

es werde der Tag kommen, an dem die KPD. losschlage.

Die Partei werde sich dies aber nicht vorschreiben lassen, sondern den Tag selbst bestimmen. An jenem Tage würden Paläste brennen.

Der Senat geht dann zur Vernehmung des Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, Landgerichtsrats Lösche-Leipzig, über. Der Zeuge hat in den letzten Jahren eine große Reihe von Voruntersuchungen zu Prozessen über hochverräterische Handlungen der Kommunisten geführt. Er schildert in sehr anschaulicher Weise dem Senat das Bild, das er aus dieser Tätigkeit gewonnen hat. Man darf, so erklärt Landgerichtsrat Lösche, die Vorgänge des Jahres 1933 nicht losgelöst betrachten von der Entwicklung der beiden vorangegangenen Jahre. Ich habe auf Grund der vielseitigen Erfahrungen zu der Überzeugung kommen müssen,

daß es sich nicht um Einzelaktionen gehandelt haben kann, sondern daß es sich um einen einheitlichen Komplex handelte, in dem ein einheitlicher Wille zur Organisierung der Revolution alles lenkte.

Auch am Schluß dieser Zeugenaussage fehlt nicht der Versuch Dimitroffs, von der Anklagebank aus eine seiner agitatorischen Fensterreden zu halten. Schließlich fragt er den Zeugen, ob er aus seinen Untersuchungen das Ergebnis gewonnen habe, daß die Revolution, von der immer die Rede war, einen unmittelbaren bewaffneten Aufstand Ende Februar bedeuten sollte.

Zeuge: Ich glaube, man kann gar nicht zu einem anderen Schluß kommen: Hier wurde etwas organisiert, man verfolgte ein ganz bestimmtes Ziel, und es besteht ein Zusammenhang zwischen all den Einzelvorgängen. Und das nenne ich die Übertragung aus der Theorie in die Praxis, also Revolution im Sinne eines bewaffneten Aufstandes. Ich kann sagen, daß sich alles auf den Februar zugespitzt hat.

Rechtsanwalt Dr. Seuffert fragt, ob der Name des Angeklagten Torgler bei den Untersuchungen wiederholt zutage getreten sei.

Zeuge: Ich kenne selbstverständlich Herrn Torgler aus meiner Tätigkeit als Untersuchungsrichter in Sachsen sehr genau. Erst vor kurzem ist mir ein Flugblatt zugegangen, das wegen seines hochverräterischen Inhalts beschlagnahmt worden ist und das die Unterschrift des Herrn Torgler trägt.

Als der Angeklagte Dimitroff seine Ablenkungs- und Verschleierungsversuche erneuert, sagt der Zeuge: Ich habe ja gesagt, daß Redner aufgetreten sind, die ganz offen zur Waffenbeschaffung und zu Sprengstoffdiebstählen aufgefordert haben. Es ist unsinnig anzunehmen, daß die Zentrale allen diesen Leuten etwa hätte sagen müssen, daß der Reichstag brennen wird, und daß dann dies das Fanal und das Signal zum Losschlagen sein sollte. Die Verhandlung wird sodann auf Freitag vormittag vertagt.

---

*

Endgültige Aufnahmesperre bei den Verbänden der Deutschen Arbeitsfront.

München, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Völkische Beobachter" veröffentlicht folgende Anordnung des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley:

„Die Aufnahme von deutschen Volksgenossen in die jetzt von der Deutschen Arbeitsfront geführten Verbände ist mit sofortiger Wirkung gesperrt. Die Sperre ist endgültig und wird nicht mehr aufgehoben.

Aus anderen Ländern.

Annullierung der spanischen Wahlen.

Madrid, 30. November. „El Socialista" behauptet, daß gestern in einem Kabinettsrat Justizminister Asensi vorgeschlagen habe, das Wahlergebnis vom 19. November zu annullieren und die Verfassungsgebenden Cortes, die aufgelöst worden sind, erneut einzuberufen. Asensi beabsichtige, als Protest gegen die „Wahlmanöver gewisser Parteien" zurückzutreten. Das Blatt schließt mit der Bemerkung, daß der heutige Tag von entscheidender Bedeutung sein werde. Eine Krise stehe unmittelbar bevor.

Geheime Verschwörung auf Java.

Amsterdam, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.) Auf Mittel-Java wurde eine geheime Verschwörung aufgedeckt, die sich die Ermordung aller Europäer zum Ziel gesetzt hat. Die Verschwörung sollte auf religiöser Grundlage der Eingeborene ihr Werk vollbringen.

England hofft auf französisches Einlenken.

London, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsch-französische Aussprache wird, wie der diplomatische Mitarbeiter der „Morningpost" meldet, in London mit großem Interesse verfolgt.

Man glaube in London, daß eine neue französische Regierung, die einen wirklich repräsentativen Charakter trage, keine Einwendungen dagegen erheben werde, die Verhandlungen auf der von Sir John Simon und Baldwin vorgeschlagenen Grundlage zu führen, die eine geregelte Abrüstung als die einzige Grundlage bezeichnen, wobei man Deutschland die Vermehrung seiner personellen und materiellen Verteidigung zugestehen müsse. Es handele sich also um die Regelung der Beziehungen zwischen der französischen und der deutschen Armee.

Alles opponierende Wirken geht auf das Negative hinaus, und das Negative ist nichts. Wenn ich das Schlechte schlecht nenne, was ist da viel gewonnen? Nenne ich aber gar das Gute schlecht, so ist viel geschadet. Wer recht wirken will, muß sich um das Verkehrte gar nicht bekümmern, sondern nur immer das Gute tun.

Goethe

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 30. November.

Weiterhin kalt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet weiterhin kaltes Wetter mit Neigung zu Schneefällen an.

Sprengkolonne auf einem Tanzvergnügen.

Eine Bande von Rowdies hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen schwerer Körperverletzung und Ausschreitungen zu verantworten. Auf der Anklagebank hatten Platz genommen: der 24jährige Marjan Pilarski, drei Brüder: der 27jährige Antoni, der 24jährige Bolesław und der 29jährige Józef Pierucki, der 18jährige Jan Baranowski, der 29jährige Stanisław Kardach, der 22jährige Edmund Graczkowski und der 24jährige Franciszek Przybylski. Sämtliche Angeklagte wohnen in Michalin, Kreis Bromberg. Die ersten vier Angeklagten wurden aus dem Untersuchungsgefängnis dem Gericht vorgeführt. Zu der Verhandlung waren 25 Zeugen geladen.

Am 20. August d. J. fand in Samsieczno hiesigen Kreises ein Waldvergnügen statt. Zu diesem Waldvergnügen hatten sich u. a. auch die Angeklagten eingefunden, jedoch zu dem Zweck, um das Waldfest zu stören und eine Prügelei zu beginnen, was daraus hervorging, daß sich alle mit Knüppeln, Gummischläuchen und anderen Schlaginstrumenten ausgerüstet hatten. Sie wandten sich an die Brüder Franciszek, Piotr und Juljan Kubanc, von denen sie in herausforderndem Tone die Ausgabe von einigen Lagen Schnäpsen und Zigarren verlangten. Als diese sich weigerten, dem Verlangen der Angeklagten nachzukommen, erteilte der Rädelsführer der Radaubrüder, der Angeklagte Pilarski, den Brüdern K. den Rat, das Vergnügen sofort zu verlassen, andernfalls sie es bereuen würden. Die Brüder K. dachten jedoch nicht daran, sich von Pilarski einschüchtern zu lassen und beschlossen, trotzdem auf dem Vergnügen zu verbleiben. Pilarski schien nur darauf gewartet zu haben, denn durch einen Pfiff verständigte er seine Komplicen, die im selben Augenblick über die Brüder K. herfielen und sie zu schlagen begannen. Es entstand nun eine blutige Schlägerei, an der sich noch andere Teilnehmer des Vergnügens beteiligten, die den überfallenen Brüdern zu Hilfe geeilt waren. Auf dem Kampfplatze erschienen Oberwachtmeister Joseph Kosmowski und der Polizist Joseph Sarnowski. Da der Oberwachtmeister K. in Pilarski sofort den Anstifter der Prügelei erkannte, forderte er diesen auf, die Hände hochzuheben. Im gleichen Augenblick erhielt er jedoch mit einem Knüppel hinterrücks einen solch kräftigen Schlag über den Kopf, daß er zu Boden stürzte. Als der Polizist S. seinem Vorgesetzten zu Hilfe kam, wurde auch er niedergeschlagen. Die Angeklagten, besonders Pilarski und die Brüder Pierucki, die später als Täter ermittelt werden konnten, begannen auf die am Boden liegenden Polizisten in unmenschlicher Weise einzuschlagen. Sie entrissen den Polizisten die Gummiknüppel und schlugen damit auf die Beamten ein. In liegender Position versuchten die beiden Polizeibeamten ihre Waffen zu ziehen, um sich zur Wehr zu setzen, was dem Oberwachtmeister auch gelang, der aus seinem Revolver einige Schüsse abfeuerte, ohne jedoch einen der Angreifer zu treffen. Infolge des Blutverluste verloren beide Beamte die Besinnung. Diese rohe Szene nahm erst dann ein Ende, als der Förster Loboda auf dem Kampfplatz erschien, der zuerst einige Schreckschüsse abgab und den Rowdies mit Erschießen drohte, falls sie nicht von ihren Opfern ablassen würden. Die Angeklagten ergriffen darauf die Flucht. Die bewußtlosen Polizisten wurden durch den Förster und mit Hilfe einiger Landleute in bedenklichem Zustande nach der Försterei gebracht.

Die ersten vier Angeklagten bekannten sich in der Voruntersuchung wie auch in der Gerichtsverhandlung zu der blutigen Schlägerei, wollen jedoch von den Polizisten sowohl wie von den Brüdern K. zuerst angegriffen worden sein. Während die zahlreichen Zeugen Pilarski und die Brüder Pierucki als die eigentlichen Täter bezeichnen, können sie dagegen mit Bestimmtheit nicht angeben ob auch die übrigen Angeklagten geschlagen haben. Das Gericht verurteilte nach Schluß der Verhandlung Pilarski sowohl wie die Brüder P. zu je 2 Jahren Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. ‡

§ **Von der Spielbank auf die Anklagebank.** Zu einer Geldstrafe von 3000 Złoty verurteilt wurde vom hiesigen Verwaltungsgericht der Pächter der „Resursa Kupiecka", Jan Sentkowski. Gleichfalls eine Geldstrafe in Höhe von 200 Złoty erhielt der Journalist vom „Ilustrowany Kurjer Codzienny" Antoni Swiątkowski. In der Nacht zum 30. September wurde bekanntlich von der Polizei in dem Lokal von Sentkowski eine größere Gesellschaft beim Hazardspiel überrascht. Sentkowski hatte sich nun deshalb wegen Duldung des Glücksspiels in seinen Räumen vor Gericht zu verantworten, ebenso Swiątkowski, der während des Spiels die Bank gehalten hatte. Beide Verurteilte bestreiten, daß verbotene Glücksspiele betrieben wurden und behaupten, daß es sich ausschließlich um zulässige Gesellschaftsspiele handelte. Gegen das Urteil haben sowohl Sentkowski wie auch Swiątkowski Berufung eingelegt.

§ **Wegen versuchter Tötung** hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 45jährige Landwirt Adam Lipowicz aus dem Kreise Bromberg zu verantworten. Dem L. legt die Anklageschrift zur Last, daß er am 29. August d. J. während eines kurzen Wortwechsels zwei Schüsse aus einem Jagdgewehr auf den 32jährigen Maximilian Jaskulski und den 35jährigen Edmund Steinke abgegeben habe, wobei er beide verletzte. Die Vorgeschichte dirses Prozesses ist folgende: Zwischen dem Angeklagten und seinen Bekannten, dem Jaskulski und Steinke ,bestanden seit längerer Zeit Gegensätze. L. hatte nämlich den St. beschuldigt, daß dieser ihm ein Rad von seinem Kultivator gestohlen habe. Aus diesem Grunde kam es deshalb öfters zwischen L. und St. zu Streitigkeiten. An dem kritischen Tage war der Angeklagte auf seinem Felde mit Landarbeiten beschäftigt. In einem gewissen Augenblick näherte sich St. in Begleitung des J. dem Felde des Angeklagten. St., der auf seinem Grundstück, das an das des L. grenzte, in einer Entfernung von 35 Metern vor dem Angeklagten stehen blieb, wurde von L. gefragt, was er eigentlich hier zu suchen habe. St. erwiderte darauf, daß dies den Angeklagten nichts angehe, da es ihm doch noch gestattet sein werde, sich auf seinem eigenen Grund und Boden aufzuhalten. Nach dieser Antwort ergriff L. sein Jagdgewehr, das er bei sich hatte, legte zuerst auf St. an und feuerte auf diesen, ebenso auf J. Die beiden abgegebenen Schüsse hatten fatale Folgen. St. wurde von etwa 20 Schrotkörnenrn getroffen, während J. ca. 14 Schrotverletzungen davongetragen hat. J. erhielt die Schrotladung in die rechte Seite, wobei er unter anderem auch eine schwere Bauchverletzung davontrug, die eine schwierige Operation nach sich zog. Der Angeklagte bekennt sich vor Gericht dazu, auf die beiden geschossen zu haben. Er sei von St. und J. wiederholt belästigt und tätlich angegriffen worden. Sogar einen Tag vor dem Vorfall sei er von St. mit einem Stock angefallen und geschlagen worden. An dem genannten Tage habe er, als er die beiden sich seinem Felde nähern sah, die mit dicken Stöcken bewaffnet waren, angenommen, sie hätten es wieder auf ihn abgesehen. Infolge der Aufregung habe er dann zu dem Gewehr gegriffen, um zwei Schreckschüsse abzugeben, ohne jedoch die Absicht gehabt zu haben die beiden zu verletzen. — St. und J. sagen als Zeugen unter Eid aus, daß der Angeklagte an jenem Tage keinerlei Grund gehabt habe, zur Waffe zu greifen, um so mehr, da sie sich nicht auf dem Felde des Angeklagten, sonder auf eigenem Felde aufgehalten haben. Sie hätten den Angeklagten weder bedroht, noch irgend einen Streit angefangen. Einige weitere Zeugen bekunden, daß Steinke mit dem Angeklagten früher des öfteren zusammengeraten sei, ob dies an dem kritischen Tage der Fall gewesen sei, können sie nicht angeben. Nach durchgeführter Verhandlung verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 3 Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Das Gericht bezweifle es nicht, wie es in der Urteilsbegründung heißt, daß zwischen dem Angeklagten und Steinke scharfe Differenzen bestanden haben, doch komme Notwehr nicht in Frage, da die Verhandlung nicht ergeben habe, daß er an jenem Tage angegriffen worden sei. ‡

§ **Die Feuerwehr** wurde gestern vormittag nach dem Grundstück Burgstraße (Grodzka) 8 gerufen, wo in einem Keller Holzwolle in Brand geraten war. Das Feuer, das wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit hervorgerufen wurde, konnte von der Wehr in Kürze gelöscht werden. — Ferner wurde die Feuerwehr gegen 1.45 Uhr nach der Papierfabrik in Jägerhof gerufen. Dort war in der Wohnung des Direktors ein Feuer ausgebrochen, dem ein Schreibtisch, verschiedene andere Möbelstücke und Bücher zum Opfer gefallen sind. Der Schaden beträgt etwa 1000 Złoty. Die Feuerwehr verhinderte ein weiteres Ausbreiten des Brandes, der dadurch entstanden ist, daß eine Holzwand durch die Überheizung eines Ofenrohres Feuer gefangen hatte. — In der Nacht zum Donnerstag wurde die Feuerwehr schließlich nach der Signalfabrik Fiebrandt in der Chausseestraße gerufen. Hier war es in einem Lager zu einem Brande gekommen, der leicht hätte größeren Umfang annehmen können. Den energischen Bemühungen der Feuerwehr ist es nach zweistündiger Arbeit gelungen, jede Gefahr zu beseitigen.

§ **Zu einem schweren Unfall** kam es gestern auf der Strecke Bromberg—Strasburg in der Nähe der Station Ostrowit im Kreise Briesen. Hier wollte ein Kutscher vier Pferde über den Eisenbahndamm führen, der an dieser Stelle keine Bahnschranken aufweist. Im gleichen Augenblick kam ein Zug herangebraust, den der Kutscher nicht hatte sehen können. Zwei Pferde wurden von dem Zuge erfaßt und getötet. Die anderen beiden Pferde und der Kutscher kamen heil davon. Wie es heißt, soll der Zugführer entgegen den bestehenden Vorschriften keine Signale gegeben haben.

§ **Bestohlen** wurde der Landwirt Gustav Scheerbarth in Nowaczkowo hiesigen Kreises. Diebe waren in der Nacht zum 25. d. M. mit einem Fuhrwerk bis zu dem Grundstück des S. gefahren, hatten dann den Getreidespeicher erbrochen und 20 Zentner Weizen gestohlen, den sie auf den Wagen verluden und davonfuhren.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten

R. **Altforge** (Kwiejce), 29. November. Zu der außerordentlichen Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins waren fast alle Mitglieder erschienen. Nach Erledigung der umfangreichen Tagesordnung hielt Geschäftsführer Heimann-Rogasen einen Vortrag über das neue Vereinsgesetz. Nach den Bestimmungen desselben kann der Verein ohne weitere Anmeldung und Eintragung weiter bestehen, wenn die Mitglieder geschlossen der „Welage" beitreten, und somit eine Zweigstelle derselben bilden. Nach dem mit regem Interesse aufgenommenen Vortrag schritt man zur Abstimmung und bei einer Stimmenthaltung wurde einstimmig der Anschluß vollzogen. Somit bleibt der Verein, der am 31. Januar nächsten Jahres sein fünfundzwanzigjähriges Stiftungsfest feiern kann, weiter bestehen.

z **Inowrocław,** 30. November. Einen bedauernswerten Unfall erlitt am letzten Sonnabend der Propst Klitsche aus Pakosch. Als er die 10 Meter hohe Treppe seines Hauses hinabgehen wollte, glitt er aus und zog sich erhebliche Verletzungen am Kopf und Gesicht zu, ferner noch eine Verstauchung beider Beine.

Überfallen wurde am letzten Sonntag in Parchanie der aus der Kirche heimkehrende K. Wojciechowski aus Parchanek von jugendlichen Einwohnern dieses Dorfes. Sie rissen ihn zu Boden und schlugen ihn mit eisernen Geräten.

Dieser Tage gelang es der Polizei, den vor einigen Monaten aus dem Arrest in Radziejewo entflohenen Einbrecher Wozniak, der während dieser Zeit mit einem gewissen Eler, der auch erst vor kurzer Zeit die Mauern des Gefängnisses verlassen hatte, die Einwohner der Umgegend durch ihre Einbrüche in Schrecken versetzte, festzunehmen. Auch Eler konnte bald darauf ergriffen und hinter Schloß und Riegel gesetzt werden.

& **Posen,** 29. November. Vermißt wird seit gestern vormittag das 8jährige Töchterchen Irene des Technikers Leo Stabrowski, fr. Nollendorfstraße 37. Das Kind hat sich gestern vormittag aus dem Elternhause in die Schule begeben, ist dort aber nicht eingetroffen und ist seither spurlos verschwunden.

Ein schwerer Einbruchsdiebstahl wurde in der vergangenen Nacht in die Zweigniederlassung des Bataschen Schuhwarengeschäfts, fr. Margaretenstraße 43, verübt. Gestohlen wurden von den unerkannt entkommenen Dieben 89 Paar Herren- und 114 Paar Damenstiefel bzw. -Schuhe im Gesamtwerte von rund 1000 Złoty.

In der fr. Paulikirchstraße wurde der in der Schulstraße wohnhafte Johann Przybył von einem Personenkraftwagen überfahren. Er trug mehrere schwere Rippenbrüche davon und wurde in das Stadtkrankenhaus geschafft.

d **Sadke** (Sadki), Kreis Wirsitz, 28. November. Diebstähle sind bei folgenden Besitzern ausgeführt worden: dem Besitzer Kasimirski in Kraczki sind von der Wiese zwei Mieten Torf und der Lehrerin von dort 12 Hühner gestohlen worden. Ferner wurden in der Nacht dem Besitzer Falkenberg in Elsenort (Aniliny) 10 Hühner und dem Besitzer Schulz 8 Hühner gestohlen. Bei dem Besitzer Lange wurden die Diebe beim Einbruchsversuch verscheucht.

ph. **Schulitz** (Solec), 30. November. Der letzte Wochenmarkt war mäßig besucht. Butter kostete 1,40—1,50, Eier 2,00—2,20, Weißkäse 0,25, Kartoffeln 2,00—2,20.

Im Hause des Töpfermeisters Krajniak wurde bei einem Einwohner ein Einbruch verübt. Die Diebe zertrümmerten im Parterre eine Fensterscheibe und entwendeten einen Damenpelz und verschiedene andere Sachen.

Der Besitzer Kleist aus Kabat geriet beim Häckselschneiden in das Getriebe der Maschine und verletzte sich die rechte Hand schwer.

* **Schulitz,** 30. November. Der Thornerstraße 20 wohnhafte Otto Mehrmann meldete der Polizei, daß sein 78jähriger Vater an den Folgen eines Treppensturzes verstorben sei. Da der Treppenflur nicht beleuchtet war, verfehlte der alte Mann in der Dunkelheit eine Treppenstufe und stürzte hinunter, wobei er sich die tödlichen Verletzungen beibrachte.

ss **Tremessen** (Trzemeszno), 28. November. Am 31. August d. J. verschwand plötzlich, angeblich aus Furcht vor Strafe wegen eines Vergehens, der 10jährige Franciszek Stefan. In diesen Tagen erhielt die hiesige Polizeistation die Nachricht, daß der Ausreißer in dem Städtchen Rybotyce in der Lemberger Wojewodschaft bei seinen Großeltern gelandet ist. Der Bursche hat nicht weniger als 700 Kilometer zu Fuß zurückgelegt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

*** Siedlce, 30. November. (PAT) Eine sensationelle Angelegenheit wurde vor dem Bezirksgericht in Siedlce verhandelt. Auf der Anklagebank hatte der 33jährige Viktor Muszynski Platz genommen, der laut Anklageschrift das Diplom und die Dokumente einer Frau Dr. Natalie Dobek gestohlen hatte und unter diesem Namen in Sadowy im Kreise Wongrowitz in Frauenkleidung als Frauenarzt sich betätigte. Der Angeklagte hat in der Ortschaft längere Zeit hindurch „praktiziert" und wurde sehr oft als Geburtshelfer in Anspruch genommen. Erst nach Veröffentlichung einer Bekanntmachung im „Monitor Polski", daß der Frau Natalie Dobek die Dokumente gestohlen wurden, wurde die sensationelle Angelegenheit entdeckt. Der Angeklagte bekannte sich zur Schuld und wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.**

Kleine Rundschau.

18 Bergleute verschüttet — und unversehrt geborgen.

Aachen, 30. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der Grube Karolus Magnus wurden 18 Bergleute verschüttet. Die sofort angestellten Rettungsversuche hatten Erfolg, alle 18 konnten unversehrt geborgen werden.

*

Riesige Überschwemmungen in Montenegro.

Wie berichtet, haben die alljährlichen Überschwemmungen in Montenegro besonders großen Umfang angenommen. Infolge der unablässigen Regenfälle sind besonders die Dörfer an den Ufern des Skutari-Sees sehr betroffen. Der See ist über die Ufer getreten und hat mehrere 1000 Häuser unter Wasser gesetzt. In 19 Fällen ragen kaum die Telegraphenmasten aus den Fluten empor. Die Bevölkerung verbringt seit längerer Zeit die Tage unter Zelten in großen Berghöhlen.

*

Katastrophaler Brand in einer Zelluloid-Fabrik.

Speyer, 29. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der Zelluloid-Fabrik brach ein Brand aus, bei dem drei Arbeiter in den Flammen umgekommen sind, während zwei noch vermißt werden.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 30. November 1933.

Krakau — 2,56, Zawichost + 1,72, Warschau + 1,37, Plock + 1,12, Thorn + 1,27, Fordon + 1,34, Culm + 1,26, Graudenz + 1,56, Kurzebrak + 1,67, Piecke + 1,03, Dirschau + 0,97, Einlage + 2,08, Schiewenhorst + 2,18.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 276

Schmerzerfüllt bringen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, Dienstag, den 28. November 1933, meine innigstgeliebte Gattin, meine treusorgende Mutter, unsere liebe Großmutter, Schwester, Tante und Kusine

Pauline Abt

geb. Anders

im Alter von 67 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bydgoszcz, den 30. November 1933.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 2. Dezember 1933, um 2 Uhr nachmittags, von der Leichenhalle des alt-luth. Friedhofes Schubiner Chaussee aus statt. 8246

Heute Nacht starb plötzlich unsere innigstgeliebte Mutter

Frau Hedwig Dittberner

im 55. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen
Joachim Dittberner.

Bromberg, den 30. November 1933. 4072

Der Tag der Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

Fröbel'scher Kindergarten

Mazowiecka 22

Aufnahme vorschulpflichtiger Kinder täglich von 11—1 Uhr. 7003 **Der Vorstand.**

Das passendste
Weihnachtsgeschenk
ist eine 8019
Vergrößerung
Erstkl. Ausführ., staunend billige Preise
Foto-Atelier nur Gdańska 27 Tel. 120

Versteigerung.

Am Sonnabend, dem 2. Dezember d. Js., ab 9 Uhr vormittags, werde ich im Laden der Fa. „Bazar" Bydgoszcz, ul. Gdańska 61, meistbietend gegen bar verkaufen: 8254
Größere Mengen Damen-Röcke, Kinder-Röcke, Kostüme, Damen u. Kinder-Mäntel, Blusen und ca. 400 Meter div. Kleiderstoffreste etc.
Antoni Mroczyński,
koncesjonowany aukcjonator, Gdańska 42, Tel. 1554

Warschauerin erteilt 3321 poln. Unterricht Aleje Ossolińskich 10. 1.

Erfolgr. Unterricht i. Englisch u. Französisch erteilen T. u. A. Furbach, Cieszkowskiego 24, l lks. (früh. 11). Französisch-englische Uebersetzung. Langjähr. Aufenth. in England u. Frankreich.

Unterricht in **Buchführung Stenographie Jahresabschlüsse** auch brieflich. 7832
Bücher-Revisor G. Vorreau
Marszałka Focha 10.

---

2 Freunde suchen Mal- und Zeichenunterricht. Off. u. J. 4058 a. d. G. d. Z.

Perfekte Schneiderin empfiehlt sich in u. auß. d. Hause z. mäß. Preis. Sniadeckich 18, W. 3. 3922

Die Mahl- und Schneidemühle

(ländliche Kundenmühle mit Wasserkraft und Dieselmotor)

der Domäne Mariensee, Kreis Danziger Höhe

soll zum 1. Juli 1934 verkauft oder verpachtet werden. Auf Wunsch auch mit Land. 7975

Gebote sind bis zum 20. Dezember d. Js. einzureichen an **Senat, Abteilung Wirtschaft, W. L., Danzig.**

Dort wird auch Auskunft erteilt. Besichtigung nach Anmeldung bei Domänenpächter Lorenz, Mariensee, gestattet.

Wäsche-Atelier Hasse, Marszałka Focha 26, fertigt Damen- und Herrenwäsche nach Maß, Bett- u. Berufswäsche, Pyjamas, Gardinen. 8058

1934

Kalender

Termin-Kalender
Wochenabreiß-Kalender
Notiz-Kalender
Taschen-Kalender
Umlege-Kalender
Ersatz-Kalender
Dauer-Kalender
Wand-Kalender
Geschenk-Kalender
Geldtaschen-Kalender
Kalender-Blöcke

in verschiedenen Größen.

A. Dittmann T. z o. p.
Tel. 61. Bydgoszcz, Marsz. Focha 6.

Beaufsichtigung polnischer Schularbeiten u. Nachhilfe, gut u. billig Sielanka 14, Whg. 11. 3941

Lohngespann

stellt billigst Bydg., Dworcowa 104. Tel. 355. 7985

Tapeten Linoleum Wachstuch Läufer Teppiche und Vorleger
in verschiedenen Größen und Sorten **zu billigsten Preisen** empfiehlt 8193
Zb. Waligórski
Tel. 1223 - ul. Gdańska 12

Sämtliche
Baumschul-Artikel
in größter Auswahl zu den billigsten Preisen.
Jul. Roß,
Gartenbaubetrieb Grunwaldzka 20.
8192 Telefon 48.

Graue Haare Haarausfall Schuppen gibt es nicht 8233
gebrauchen Sie
Balsam-Mag Nr. I beseitigt Schuppen und verhindert Haarausfall
Balsam-Mag Nr. II gibt ergrautem Haar die ursprüngliche Farbe wieder.
Preis 3.— zł - Ueberall zu haben!

Weihnachtsbitte

für die

Krüppelkinder und Taubstummen in Wolfshagen.

Welch eine Freude!
Die erste Weihnachtskiste!

Gottes Güte gab sie schon durch die Liebe treuer Freunde durch Bitten und Verstehen! Er weiß, was wir bedürfen, ehe denn wir bitten und stärkt uns so den Mut, auch in dieser Notzeit unsere Hände wieder nach der Liebe unserer treuen Freunde auszustrecken, die uns helfen, Weihnachtssonne in die Kinderherzen zu tragen.

Ja, die erste Weihnachtskiste!

Darüber herrscht ein Jauchzen und Jubeln bei unseren lieben Krüppelkindern, die mit Gipsverbänden und Streckapparaten beschwert doch dabei fröhlich sind, spielend mit unseren taubstummen Kleinen im gemeinsamen Freuen auf die heilige Weihnachtszeit.

Darum erbitten wir Gaben der Liebe in unser Haus oder auf unser **Postscheckkonto Poznań 206 583.** 8238

Diakonissen-Mutterhaus „Ariel" Wolfshagen,
Kijaszkowo, pocz. Tłukomy, pow. Wyrzysk.

Gute Schneiderarbeit bekommen Sie jetzt billig bei 8228
Meister **Krahn,** Solec Kujawski.

Privatlimousine vermietet billig 3214
Erich Czarnecki, Krakowska 3. Tel. 1925.

Total-Ausverkauf

wegen Auflösung der Firma **Adam Ziemski, Bydgoszcz, Gdańska 31**

Herren-Artikel bekannt bester Qualität werden zu Fabrikpreisen ausverkauft.

Herren-Hüte und **Damen-Artikel** wie: Handschuhe, Trikotagen, Strümpfe, Wäsche usw. unter Fabrikpreisen.

8237

Englisch erteile, 1 zł pro Stde. 4018 Sobieskiego 2, m. 5.

Neue Sendung
Marmor
angekommen in verschiedenen Größen.
Ignacy Grajnert,
4049 Dworcowa 21.

Wer liefert waggonweise 8031
geschlagene Pflastersteine?
Gutsverwaltg. Koerberrode, p. Szonowo Szlach., p. Grudziądz.

Jeder
praktische Landwirt
nutzt die günstige Möglichkeit aus, durch
Kartoffel-Lieferungen
an die
Unamel-Fabrik
in **Unisław** seinen Bedarf an Speisesirup, Marmelade, Kunsthonig, Bonbons, Schokolade usw. einzutauschen. 7445

Geldmarkt

Wertpapiere bezw. **Obligationen** mit Auslosungsrecht zu kaufen gesucht. Off. mit äuß. Preis unt **R. 4076** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

2000 zł zur 1. Stelle auf Grundstück ges. Off. u. **K. 4059** a. d. G. d. Z.

Suche zu leihen **5000 zł** zum Ablösen der Landschaft, auch durch Vermittler. Sicherh.: Eintragen in 300 Morgen große Landwirtschaft, Weizenbod., ohne weit. Hypothek. Angebote bitte unter **B. 7953** an d. Gschst. d. Ztg. z. richt.

Suche für pünktliche Zinszahler 4033
2.000—20.000 zł a. Hypothek n. Goldwährg. Näheres: **Grundtke, Wełniany Rynek 12.**

Heirat

Suche für m. Freund, 28 J. alt, evgl., blond, mittl. Erschein., m. eig. Geschäft, dem es an pass. Damenbek. fehlt, gesch.-tüchtige, möglichst der poln. Sprache kundige **Lebensgefährtin. Vertrauensv., nur ernstgemeinte** Zuschr. m. Bild, w. zurückges. w., unter **B. 4016** an d. Gschst. d. Z. Vermögensang. erw.

Berufstätiges, evangelisches **Mädel** 29 J., wirtschaftl., da sehr zurückgezog. lebd., wünscht Herrn mit gut. Charakter kennen zu lernen zwecks
späterer Heirat.
Vermögen vorhanden. Ernstgem. Zuschr. unt. **H. 8154** a. d. Gst. d. Ztg.

Weihnachtswunsch

Nettes, geb. Mädel, angen. Ersch., ev., 22 J., sucht pass. **Lebensgef.** (Beamt. od. Kaufm. bevorz.). Ausst., Gesch. m. Wohn. vorh. Nur ernstgem. ausführl. Zuschr. mit Bild u. Nr. 7973 an **Emil Romey, Grudziądz,** Toruńska 16. 7973

Aelt. Geschäftsmann, ev., verw., möchte mit geb. Dame v. 30—42 J. **zwecks Heirat** in Korrespond. tret. u. erb. frdl. Zuschr. u. A. 1612 a. An.-Exp. **Wallis, Toruń.** 7966

Solider, strebs. Landwirt, ev., 28 J., welcher die 150 Morgen große Landwirtsch. (Mittelbod.) übernimmt sucht hübsches, jung. Mädel mit Vermögen
zwecks Heirat
kennen zu lernen. Off. m. Bild u. Ang. d. Verm. u. **G. 8153** a. d. G. d. Z.

Landwirtstöchter
Wirtschaft 50, 60, 70, 100, 200 Morgen, möchten sich **verheiraten.** 4025
„Postep", behördl. genehm. Ehevermittlung, **Bydgoszcz, Gdańska 67.**

Offene Stellen

Suche zu Neujahr jüngeren, ledigen 8245
Inspektor.
Kurz. Lebensl., Zeugn.-Abschr., Gehaltsfordg. erb. **Neumann, Przysiek,** Toruń 1 — Rozgarty.

Gesucht v. sof. zuverläss.
Chauffeur
für Chevrolet-Wagen.
Fa. P. Baumgart, Fordon, 4064
Marsz. Piłsudskiego 7.

Suche v. sofort **1 Lehrling**
Stellmachermeister
F. Nerstheimer i. Sienno b. Kotomierz. 4030

Ledig. Viehpfleger und Melker 8277
für 40 Stück Vieh, von sofort **gesucht.** Frau
Marta Juhnke,
Serock, pow. Swiecie.

Gebildetes
Kinderfräulein
zu 4jährig. Mädchen und 3jährig. Knaben. Bedingung: erstklassige Referenz. u. Zeugnisse, möglichste Beherrschg. der poln. und deutschen Sprache. Bewerbung mit lückenlos. Lebenslauf, Photo u. Zeugn.-Abschriften erbeten an
Frau **L. Schweikert,**
Łódź, 8204
ulica Wólczanska 220.

Stellengesuche

Junger Förster
mit staatl. Ausbildung und Praxis, Förstersohn, mit allen Zweigen der Forstwirtschaft vertraut, sucht Stellg. Offerten: 8224
Potrawiak - Jaworze, p. Książki, p. Wąbrzeźno.

Junger Mann
evangel., ehrlich, mit all. Arbeiten u. Pferden vertraut, **sucht Stellung** gleich welcher Art unt Herrschaft z. 1. 1. 1934. Off. unter **L. 8186** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Guts-Stellmachermeister
gut. Fachm., in mittler Jahr. u. m. eigen. Handwerksz. **möchte** mit 1—2 Lehrling p. 1. 4. 34 **Stellg. wechseln.** In ein. Stell. 15 J. tät. gew. Deutsch u. Poln. mächt. Freundl. Offerten unter **B. 4071** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Tüchtiger
Müllergeselle
sucht Stellung v. 1. 12. 1933. Offert. unt. S. 4006 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Junger, ehrlicher, evgl.
Müllergeselle
d. sämtl. Mühlenbauten ausführt, **sucht Stellung** v. sof. od. spät. Poln. u. Deutsch i. Wort u. Schr. Ang. u. **G. 1634** an An.-Exp. **Wallis, Toruń.** 8214

Suche Stellung zum 15. 12. 33 od. später f. meinen Kochlehrling, evgl., 21 J., in Stadt- od. Landhaushalt als
Stütze oder Mädchen f. alles.
Zuschr. an **Martha Tietz,** Grabowo, p. Miasteczko, powiat Wyrzysk. 8248
Frau J. Ramm.
Falmierowo, p. Wyrzysk.

Suche Stell. v. sof. als
Mädchen für alles.
Zeugn. vorh. Off. unt. N. 4069 a. d. Geschst. d. Ztg.

Evangl. Mädchen sucht zum 1. 1. 1934 oder früher Stellung als
Stubenmädchen
oder **Stütze.** Zeugn. vorhanden. Freundl. Angebote unt. **R. 8251** an die Geschst. d. Ztg.

Mädchen, 22 J. alt, m. Kenntniss. im Kochen u. Nähen **sucht** z. 1. 1. 1934 od. später **Stellung** als
Wirtschaftslehrling.
Taschengeld u. Famil.-Anschl. erwünscht. Off. u. **O. 8216** a. d. Geschst. d. Z.

An- u. Verkäufe

Alteingef., gutgehend.
Zweiggeschäft
mit Wohnung, geeign. auch f. Damen, äußerst billig zu verkauf. Off. u. **F. 4043** a. d. Geschst. d. Z.

Wohnungen

Moderne 3-Zimmerwohnung
von sicherem Zahler gesucht. Offerten an
4073 An.-Exp. **Holtzendorff, Pomorska 5.**

Eleg. Halbverdeckwagen auf Gummi
sowie **eleg. Jagdwagen** und verschiedene **Kutsch- und Rollwagen,** neu u. gebraucht, zu verkaufen. Als Spezialität empfehle **Anhänge-Wagen und Karosserien.**
Erich Schmiede,
Karosserie- und Wagenbau. 4041
Bydgoszcz, Ad. Czartoryskiego 9, Tel. 753.

Mein in der Nähe des Bahnhofes gelegenes
Grundstück
mit großem Hof, Speicher-, Lager-, Büroräumen und Stallungen ist per sofort, auch geteilt, zu vermieten. Offerten unter **M. 4063** an die Geschäftsstelle der „Deutsch. Rundsch."

Lastauto

1½ tons, Chevrolet, billig zu verkaufen.
4068 **Kuhnert, Gdańska 78.**

Habe billig abzugeben:

15 **Rundbehälter,** 4.45×0.85 m, 6 mm, ca. 2000 Ltr., 1 **Behälter,** geschlossen, 1000 Ltr., **gebr. Kesselbleche,** 10, 12, 15 mm, 100 **Rohre,** Durchm. 100 mm à 3.50 m, 3 **Stahlwellen,** Durchm. 110 mm à 5 m, 35 **Rippenrohre** à 2 m, **Rundstahl,** 22 mm, **Winkeleisen,** 100×100×10 mm, 1 **Geldschrank „Arnheim",** wie neu) u. a. m. 8239

Kaufe sämtl. Alteisen und Metalle.
Nachemstein,
Eisenhandlung, Toruń, Grudziadzka 43, Tel. 519

Tausch.
Familien-Verhältnisse halber möchte ich mein seit 20 Jahr. bestehend.
Drogengeschäft
noch vor Weihnachten nach größ. Stadt tauschen, auch geg. anderes gleichwertiges Objekt. Offert. an **Lotte Renz, Inowrocław,** Kilińskiego 3. 7809

---

8 trag., teilw. hochtrag. Sterken im 3. J., **ein Bulle,** ca. 12 Ztr., u. **zwei Sterken,** ca. 8 Ztr., zu verkaufen. 4074
Knospe, Zabudownia, poczta Twarda-Góra, pow. Swiecie.

Nachlaß.
Schlafz., Eßzimm., verschiedene Einzelmöbel, Meyers Konversationslex., versch. dtsch. Büch., a. ein. Nachlaß herrühr., verk. billig freihändig
Auktionshaus 8253
Gdańska 42. Tel. 1554.

---

1 zerlegt. Fordson
u. Fordsonteile billig zu verkaufen. Zu erfr. bei 4039 **Gehrke, Gdańska 113.**

5-Zimmer-Wohng.
sofort z. vermieten. 3936
Zbożowy Rynek 10.

Laden
mit anschließend. 3—4-Zimmerwohng. in der Bahnhofstraße gesucht. Offerten unter **O. 4070** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Geräum. Werkstatt
zu vermieten. 4013
Wodtke, Gdańska 76.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer zu verm.
4075 Sowińskiego 3, m. 1.

2—3 gut möblierte **Zimmer**
zu verm. Weyssenhoffa 7 (Jacisze). 4066

Möbl. Zimmer billig zu verm. Plac Poznański 1, Wohnung 7. 4068

Möbl. Zimmer z. verm.
3916 Sniadeckich 59, W. 9.

Möbl. Zimm. zu verm.
Pomorska 3, W. 4. 4067

Möbl. Zimmer
frei Dworcowa 75/7.
4065

Landwirtschaftlicher Kreisverein Bromberg

(Frauen-Ausschuß)

Sitzung

am **Dienstag, dem 5. Dezember,** nachm. 3 Uhr,
im **Zivil-Kasino zu Bromberg, ul. Gdańska 20.**

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Siegert-Bromberg über die Ernährung des Kindes und die damit zusammenhängenden Krankheiten.
2. Geschäftliches.

Alle Landwirts-Frauen und -Töchter der Mitglieder sämtlicher Ortsgruppen werden hiermit freundlichst eingeladen.

8252 **Die Vorsitzende: Falkenthal.**

Guterhaltene
Schreibmaschine
z. kauf. ges. Off. u. L. 4060 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Schrotmühlen
Bahmford's Patent Rapid Nr. 6, Stundenleistg. 25 Ztr., sowie 1 kleine f. Pferdebetr. zu verkauf.
8212 **Riemer, Nieszawka,** p. Podgorz, pow. Toruń

Lochstanze
m. Facon- und Flacheisenschere und Stahlgußkörper. 8250
Säulenbohrmaschine
verkauft **J. Stephan, Wyrzysk.**

Fabrik-Kartoffeln
kauft geg. Kasse, zahlt d. höchsten Börsenpreise u. bittet um Offerte; 8135
„Trarzyt" w Toruniu,
Przedzamcze 20. Tel. 242

DBB

Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. z.

Freitag, d. 1. Dezbr. 33, abends 8 Uhr
Neuheit! Neuheit!
Krach um Jolanthe
Bauernkomödie in 3 Akten von Julius Hinrichs.

Sonntag, d. 3. Dezbr. 33, nachm. **3** Uhr:
Zum letzten Male:
Der Trompeter von Säkkingen.
Oper v. Victor E. Neßler.

Eintritts-Karten wie üblich.

Die Abendaufführung des **„Fiesko"** findet des Konzertes d. **„Wiener Sängerknaben"** wegnicht statt.

7082 **Die Leitung.**

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 276.

Bromberg, Freitag, den 1. Dezember 1933.

Pommerellen.

30. November.

Graudenz (Grudziądz).

Mangel an Aerzten in Pommerellen?

Unter dieser Überschrift teilt der „Dzień Grudziądzki“ folgendes mit: In der hauptstädtischen Presse erschienen in den letzten Tagen Anzeigen, in dem landwirtschaftliche Kreisorganisationen Ärzte auffordern, sich in Pommerellen niederzulassen und hier gegen entsprechende monatliche Entschädigung für diese Organisationen tätig zu sein. Seine Aufklärung finde das Vorgehen der qu. Organisationen darin, daß nach Aufhebung der Krankenversicherung in der Landwirtschaft die landwirtschaftlichen Organisationen an die Ärzte mit dem Vorschlage um Abschließung von Kollektivverträgen für ihre Mitglieder, denen ja jetzt die Pflicht der Bezahlung der Kur-, Hebammen-, Apothekerkosten bei Erkrankung usw. der Arbeiter zufällt, herangetreten seien, um die ärztliche Behandlung zu möglichst günstigen Zahlungsbedingungen zu erlangen. Weil es nun nicht überall gelunen ist, ein Übereinkommen zu erzielen, daher hätten sich einige landwirtschaftliche Organisationen zu dem eingangs mitgeteilten Schritt entschlossen. Das Blatt drückt die sehr berechigte Hoffnung aus, daß eine solche Verständigung schleunigst herbeigeführt werde, denn die Heranziehung von Ärzten aus anderen Teilgebieten würde die ansässigen pommerellischen Ärzte schwer schädigen. *

Die rückständigen Krankenkassenbeiträge der Landwirte.

Die Pommerellische Arbeitskommission gibt bekannt, daß das Ministerium für soziale Fürsorge durch Rundschreiben vom 17. d. M. die Zerlegung von rückständigen Krankenkassenbeiträgen der Landwirte in folgender Weise angeordnet hat: 1. Im Falle hypothekarischer Sicherung werden die Gebühren in Raten (jährliche, halbjährliche, vierteljährliche, monatliche) zerlegt, zahlbar im Laufe von zehn Jahren, angefangen vom 1. 1. 35, und bei einer Verzinsung von 4½ Prozent jährlich seit dem 1. Oktober 1933; 2. im Falle nichthypothekarischer Sicherheit werden die Krankenkassen Abzahlungen der Gebühren in mündelsicheren Wertpapieren annehmen. Verzugszinsen, die für die vorstehend genannten Rückstände von der Zeit ihrer Entstehung an bis zum 30. September fällig geworden und in dieser Zeit nicht entrichtet worden sind, müssen gänzlich gestrichen werden.

Falls die Krankenkassen die Abzahlung irgend eines Teiles bis zum 1. Januar 1932 rückständig gebliebener Beiträge, die nach dem 1. Januar 1935 zahlbar sind, fordern sollten, ist davon unverzüglich die Pommerellische Arbeitskommission (Pomorska Komisja Pracy) zu benachrichtigen. *

× **Standesamtliche Nachrichten.** In der Woche vom 20. bis zum 25. November gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 17 eheliche Geburten (9 Knaben, 8 Mädchen), sowie 1 uneheliche Geburt (Knabe); ferner 14 Eheschließungen und 12 Todesfälle, darunter 3 Kinder im Alter bis zu einem Jahr (Knaben). *

× **Graudenzer Bevölkerungsstatistik.** Am 30. September d. J. zählte unsere Stadt nach den Aufzeichnungen des städtischen Meldeamts 52 058 Einwohner. Es reisten im Laufe des Monats Oktober zu 333 Personen (143 Männer, 190 Frauen). Geboren wurden in diesem Monat 80 Kinder (35 Knaben, 45 Mädchen). Graudenz verließen 266 Personen (111 Männer, 155 Frauen). Gestorben sind 47 Personen (21 männliche, 26 weibliche). Am 31. Oktober d. J. zählte die Stadt Graudenz somit 52 158 Einwohner; gegen den Schluß des Vormonats war also eine Zunahme der Bewohnerschaft um 100 Seelen zu verzeichnen. *

× **Eine Liebestragödie trug sich in der Nacht zum Mittwoch gegen 12 Uhr in unserem Nachbardorfe Kl. Tarpen (M. Tarpno) zu. Dort gab der 29jährige Fleischer Franciszek Pankowski, Graudenzerstraße 34, im Hause Graudenzerstraße 39 auf die 19jährige Gertrud Ojdowska einen Revolverschuß ab und traf sie in den Hinterkopf. Pankowski ging sodann in den anliegenden Garten und tötete sich durch einen Schuß in den Mund. Das junge Mädchen wurde in bedenklichem Zustande ins Graudenzer Krankenhaus gebracht. Als Grund der furchtbaren Handlungsweise des Pankowski werden Zwistigkeiten mit dem Mädchen, mit dem er ein Liebesverhältnis unterhalten haben soll, angenommen.** *

× **Bestohlen** wurden Wojciek Jeszak, Festungsstraße (Forteczna) 6, um Bettwäsche usw. im Werte von 220 Złoty, Alexander Deuter, Courbierestraße (Kosciuszki) 40, um Wäsche und 25 Kilogramm Kartoffeln im Gesamtwerte von 90 Złoty, Bernard Markowski aus Neuhof (Nowy dwór) um einen Sack Weizen während der Fahrt zwischen Gatsch (Gać) und Rehkrug (Sarniak). *

× **Schwindelhafte Kartenspieler** sind auch weiterhin eine häßliche Plage. Am Dienstag machte ein Landwirt aus dem Kreise Culm in der Straße Tuscherdamm die Bekanntschaft dreier Männer, die ihn zu einem Spielchen im berüchtigten Dreiblatt zu bestimmen wußten. Dabei verstanden es die Gauner, dem Manne einen größeren Betrag „abzugewinnen“. Nach dieser bitteren Erfahrung, einer Folge seines Leichtsinns, klagte der Betrogene sein Leid der Polizei. *

Thorn (Toruń).

‡ **Der Wasserstand der Weichsel** war bis Mittwoch früh auf 1,39 Meter über Normal zurückgegangen. — Aus Warschau traf Dampfer „Kordecki“ mit drei Kähnen im Schlepp ein und auf der Fahrt von dort nach Danzig passierte Personen- und Güterdampfer „Eleonora“. Auf der Fahrt von Danzig zur Hauptstadt passierten die Passagier- und Frachtdampfer „Mickiewicz“ und „Mars“ sowie Schlepper „Minister Lubecki“ mit vier Kähnen, von denen einer hier zurückblieb, und Schlepper „Pomorzanin“ mit einem Kahn. * *

‡ **Apotheken-Nachtdienst** von Donnerstag, 30. November, abends 7 Uhr bis Donnerstag, 7. Dezember, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am 1. Adventssonntag, 3. Dezember, hat die „Zentral-Apotheke“ (Apteka Centralna), Culmerstraße (ul. Chełmińska) 6, Fernsprecher Nr. 169. * *

* **Achtung, Hausbesitzer und Steuerzahler!** Um sich die lange Wartezeit in der Kasse des Finanzamtes zu ersparen, besteht vielfach die Gepflogenheit, Steuerbeträge durch Postscheküberweisung einzuzahlen. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß das Thorner Finanzamt (Urząd Skarbowy) nicht mehr die Postschecknummer 38 329 besitzt, sondern mit dem 1. Dezember d. J. das Postscheckkonto Poznań Nr. 202 647 innehat! Überweisungen auf die bisherige Postschecknummer können dem Absender Ungelegenheiten, wenn nicht gar großen Ärger und Kosten bringen. * *

t. **Die „Geschichte der Thorner Innungen“**, bearbeitet von Dr. Stanisław Herbst und anläßlich des 700jährigen Bestehens unserer Stadt herausgegeben, ist jetzt zum Schluß des Jubeljahres erschienen. Der Verfasser hat das Material aus dem Städtischen Archiv und den vielen alten Innungsbüchern gesammelt und zusammengestellt. * *

t. **Ins städtische Krankenhaus eingeliefert** wurde am Dienstag eine 48 Jahre alte Arbeiterin einer hiesigen chemischen Färberei, die sich während ihrer Tätigkeit eine Kopfverletzung zugezogen hatte. Nach Anlegung eines Verbandes konnte sie nach Hause entlassen werden. — Dagegen wurde das zweijährige Söhnchen Jerzy der Familie Lipiński, Graudenzerstraße (ul. Grudziądzka) 4, im Krankenhause behalten, das im Wartezimmer eines Arztes zu Fall gekommen war und sich ein Bein gebrochen hatte. * *

‡ **Vermißt** wird seit dem 18. d. M. laut Anzeige ihrer in der Bergstraße (ul. Podgórna) 38 wohnhaften Mutter die 17 Jahre alte Edita Schulz. Die Polizei hat die Suche nach der Verschwundenen sofort aufgenommen. * *

‡ **Ein eigenartiger Fund** wurde an der Neustädtischen evangelischen Kirche, die der Rechtgläubigen Gemeinde als Gotteshaus verpachtet ist, gemacht. Man fand dort nämlich den Zünder eines Artilleriegeschosses. Er wurde sofort der Militärbehörde übergeben. * *

t. **Ein besonders frecher Raubüberfall** wurde Dienstag abend gegen 6½ Uhr auf zwei in der Waldstraße (ul. Słowackiego) wohnhafte Schwestern verübt. Als die Beiden sich auf dem Heimweg in der Nähe der Tankstation am ehemaligen Mellienstraßendurchbruch befanden, drehte sich ein vor ihnen gehender Mann plötzlich um und versuchte, der einen das Handtäschchen zu entreißen. Als dies nicht sofort glückte, riß er noch zweimal heftiger daran, so daß der Halteriemen sich löste und der Mann die Tasche in der Hand hielt. Durch die lauten Hilferufe der Überfallenen hat er sich dabei in keiner Weise stören lassen. Mit seiner Beute, die etwa 25 Złoty, einige Danziger Gulden und Personaldokumente enthielt, flüchtete er dann durch das Glacis in Richtung auf die Culmer Chaussee (Szosa Chełmińska). Der Überfall geschah dicht neben dem Gebäude der Wojewodschafts-Kommandantur der Staatspolizei und des Wojewodschafts-Kriminalamtes, ein Zeichen dafür, daß der Bandit sich ganz besonders sicher gefühlt haben muß. * *

‡ **Eine Reihe von Festnahmen** zählt der Polizeibericht vom Dienstag auf. So wurden verhaftet: eine Person wegen Schwarzfahrt auf der Eisenbahn und eine wegen Diebstahls. Eine wegen Betruges arretierte Person wurde nach erfolgter Vernehmung wieder entlassen, drei wegen Feststellung ihrer Identität Festgenommene dagegen in Polizeiarrest gesetzt, ebenso eine Person, die der Polizei in dienstlicher Tätigkeit Schwierigkeiten bereitet hat. * *

ch **Berent** (Kościerzyna), 28. November. Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielt die Regierungspartei zehn Mandate, die Nationaldemokratie zwei, die nationale Arbeiterpartei vier.

Zwischen Zuckau und Berent stürzte ein Autobus mit Händlern aus Gdingen um, wobei drei Personen schwer und fünf leicht verletzt wurden. Die Schwerverletzten fanden Aufnahme im Berenter Krankenhaus.

Im Konfektionshaus Skaja in Berent wurden zwei Ladendiebinnen gefaßt. Wie die durchgeführte Haussuchung ergab, hatten sie nach und nach Waren im Gesamtwert von 250 Złoty gestohlen. — Der Frau Lucja Burczyk aus Barkoschin wurde auf dem Berenter Markt die Handtasche mit 23 Złoty Inhalt gestohlen. Dem Jan Plata aus Kornen bei Berent das Fahrrad im Werte von 90 Złoty. Zum Schaden des Florian Grabowski aus Gr. Klinsch ist vom Hof des Berenter Schlachthaus eine Färse im Werte von 80 Złoty verschwunden.

Graudenz.

Dienstag Nacht 11 Uhr verschied infolge eines Schlaganfalles unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau Pauline Gründer
geb. Sieg

im 73. Lebensjahre.

Dieses zeigt tiefbetrübt an im Namen aller Hinterbliebenen

Ewald Gründer.

Grudziądz, den 29. November 1933.
ul. Trynkowa 14.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause aus statt. 8243

Allen denen, die ihre Teilnahme durch Kranzspenden und Beileidskundgebungen bei dem Hinscheiden unserer Angehörigen und Volksgenossen bewiesen haben, sagen wir auf diesem Wege 8242

herzlichen Dank.

Besonders danken wir den erschienenen Herren Pfarrern und dem Führer der deutschen Volksgemeinschaft für ihre Worte des Trostes.

Familie Krumm
Familie Rieboldt.

Für den deutschen Wahlausschuß (—) Duday.

Grudziądz, den 30. November 1933.

Kirchl. Nachrichten.
Sonntag, den 3. Dez. 1933
1. Advent.
* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Evangel. Gemeinde Graudenz. Vorm. 10 Uhr Gottesdst.*, Pfr. Gürtler, 11½ Uhr Kindergottesdst., Montag abends 8 Uhr Jungmädchenver., Dienst. abds. 8 Uhr Posaunenchor, Mittwoch nachmitt. 5 Uhr 1. Adventsandacht, abds. 8 Uhr Kirchench., Donnerst. abds. 8 Uhr Jungmännerverein, Freit. abds. 8 Uhr Jungvolk-Heimabend.
Rehden. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst,* ½12 Uhr Kindergottesdienst. nachm. ½3 Uhr Jungmädchenvers. nachm. 5 Uhr Jungmännerversammlung, Dienstag nachmitt. 5 Uhr Adventsandacht.
Mockrau. Vorm. 10 Uhr Gottesdst., anschl. Kindergottesdienst, nachm. 2 Uhr Jungmädchenk., Donnerst. nachm. 5 Uhr Adventsandacht i. Walddorf, Freit. Adventsand. in Mockrau.
Tuchel. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.
Zwitz. Vormitt. 10 Uhr Predigtgottesdienst.
Rensau. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.

Thorn.

Kirchl. Nachrichten.
Sonntag, den 3. Dez. 1933
1. Advent
* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Altstädt. Kirche. Vorm. 10½ Uhr Gottesdienst, Pfr. Steffani, 11½ Uhr Kindergottesdienst. Jeden Donnerst. 7 Uhr Adventsandacht.
St. Georgen-Kirche. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst, Pfr. Steffani, 10 U. Kindergottesdienst. Jeden Mitt. 7 Uhr Adventsandacht.
Evgl.-luther. Kirche. Bachestr. (Strumykowa) 8 Vormitt. 10 Uhr Predigtgottesdst*, Pfr. Brauner.
Podgorz. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Einführung der neugewählten Ältesten und Vertreter, nachmittag 3 U. Jungmädchen-, ½5 Uhr Jungmännerstunde, Mittwoch d. 6. 12. abds. 6 Uhr Adventsandacht.
Groß Bösendorf. Vorm. 10 Uhr Jugendgottesdienst, 11½ Uhr Kindergottesdst. Mittwoch d. 6. 12. 18 Uhr Adventsandacht.
Neubruch Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.
Culmsee. Vorm. ½9 Uhr Kindergottesdienst, 10 Uhr Gottesdienst, Jeden Mittwoch abds. 6 Uhr Adventsandacht.
Rentschkau. Vormittag 10 Uhr Gottesdienst, dan. Kindergottesdienst, Mittw. den 6. 12. nachm. 5 Uhr Adventsandacht.
Hohenhausen. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst, anschl. Kindergottesdienst.
Gr. Rogau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.
Ostrometzko. Vormittag 10 Uhr Gottesdst., 11 Uhr Kindergottesdienst.
Wittenburg. Vormittag ½10 Uhr Gottesdienst, Kindergottesdienst, Jungmächenverein.

ef. **Briesen** (Wąbrzeźno), 29. November. Wie bekanntgegeben wird, findet am 5. Dezember hierselbst ein Vieh- und Pferdemarkt statt.

Gestern vormittag sprang infolge Platzens der Schienen die Lokomotive eines aus Thorn kommenden Güterzuges aus dem Gleise. Außer bedeutendem Materialschaden sind glücklicherweise keine Unglücksfälle zu verzeichnen.

Bei den kürzlich stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen errangen der Regierungsblock 9, die Nationaldemokraten 7 Mandate. Die deutsche Liste vermochte trotz reger Wahlbeteiligung kein Mandat zu erringen.

* **Budsin**, 29. November. Die hiesige evangelische Kirchengemeinde konnte kürzlich das 50jährige Bestehen ihres Gotteshauses festlich begehen. Die Hauptfeier bildete der Festgottesdienst am Vormittag in der Kirche, die aufs Schönste geschmückt war. Konsistorialrat D. Hildt hielt die Festpredigt. Außer diesem kamen noch alle anderen Seelsorger, die früher in der Gemeinde gewirkt hatten, soweit sie anwesend waren, zu Wort. Es wurden in dieser Feier dieselben Lieder von der Gemeinde gesungen wie bei der Einweihung vor 50 Jahren. Besonders schön war es, daß außer dem Kirchenchor von Budsin und dem Gesangverein aus dem zur Kirchengemeinde gehörenden Ort Siebenschlößchen mit ihren Gesängen, der Posaunenchor aus Samotschin mit vortrefflich eingeübten Bläsern den Gesang der Gemeinde begleitete und durch einige vorzüglich gespielte t Lieder die Feier verschönte. Der Nachmittag vereinte die feiernde Gemeinde in einem zwanglosen Besammensein im Saale Dombrowicz, wozu die evangelische Frauenhilfe eingeladen hatte. In seinen Begrüßungsworten teilte der neue Ortspfarrer Stölzenburg mit, daß der Kirche zu ihrem 50. Geburtstag ein paar schöne Geburtstagsgeschenke dargebracht seien. Einige Gedichte und Lieder des Kirchenchores betonten den kirchlichen Charakter der Feier. Mit großem Interesse hörte die Gemeinde der Verlesung der wichtigsten Abschnitte aus der Kirchenchronik zu. Noch einmal ergriff dann Konsistorialrat D. Hildt das Wort und mahnte sehr ernst alle Evangelischen zur Treue. Superintendent Hemmerling aus Kolmar beschloß das Zusammensein und damit den Festtag mit herzlichen Worten. Mit dem Gesange des Lutherliedes wurde die Feier geschlossen.

d **Gdingen** (Gdynia), 29. November. Im weiteren Verlauf des sensationellen Prozesses in der Affäre der Firma „Atlantic" wurde der Hauptangeklagte Mosiewicz verhört. Er bestreitet die Anklage Punkt für Punkt und gibt an, nur 100 Tonnen Exportkohle auf dem Inlandsmarkt verkauft zu haben, wovon die Steuern entrichtet worden sind. Die Eisenbahnbehörde erlitt keinen Schaden, da die entstandenen Tarifunterschiede jedes mal zugezahlt worden sind. Der Angeklagte gibt an anderer Stelle zu, in den Jahren 1929—32 etwa 1000 Tonnen Exportkohle auf dem hiesigen Markte vertrieben zu haben. Der Preisunterschied sei groß, so daß die Kohle trotz der evtl. Transportkosten nach und von Dänemark pro Tonne um 10 Złoty billiger verkauft werden konnte. Weiter bestreitet der Angeklagte, den Mitangeklagten Joachimczak, Malinowski, Antoniewicz und Taubert Bestechungsgelder gegeben zu haben. Sie hätten nur Anleihen in kleinen Summen erhalten. — Die Angeklagte Anna de Rosset aus Warschau, die Leiterin einer Vertretung von Kohlengruben war, streitet jede Schuld ab, den Staat um größere Beträge geschädigt zu haben. Es gehörte nicht zu ihrem Geschäftsbereich, zu kontrollieren, ob die Exportkohle auch nach dem Ausland ausgeführt wurde. — Die Angeklagten Joachimczak, Leiter eines Kohlenbureaus in Danzig, Malinowski, Vorsteher des Hafenbahnhofes, und Antoniewicz, Vertreter des Hafenkapitäns, bestreiten, irgend welche Bestechungsgelder von der Firma Atlantie erhalten zu haben. Der Angeklagte Taubert, der in deutscher Sprache aussagt, erklärt, der Firma Nachrichten gegeben zu haben, wann die Kohlenzüge in Thorn einliefen. Hierfür erhielt er monatlich 200 Złoty.

h **Gorzno** (Górzno), 29. November. Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung verliefen hier ohne jeden Zwischenfall. Von den zwei aufgestellten Kandidatenlisten erhielt die Liste Nr. 1 (Regierungspartei) 6 Mandate, die Liste Nr. 2 (Nationaldemokraten) ebenfalls 6 Mandate. Im neuen Stadtparlament werden die Deutschen ohne Vertreter sein, während sie in der alten Stadtverordnetenversammlung noch einen Sitz inne hatten.

In Gr. Gorschen (Gorczenica) wurden dem Landwirt Bartel 5 Hühner gestohlen. Eine polizeiliche Untersuchung ist im Gange.

ch **Karthaus** (Kartuzy), 28. November. Zwei jugendliche Ausreißer aus Gdingen wurden in Karthaus in erschöpftem Zustande angehalten und dem Waisenhaus überwiesen.

Der 30jährige Ziemann aus Miechuczyn stürzte auf seinem Hof so unglücklich mit dem Kopf zu Boden, daß er nach einigen Stunden verstarb.

tz. **Konitz** (Chojnice), 29. November. Der heutige Wochenmarkt war schlecht besucht und brachte folgende Preise: Butter 1,20—1,60, Eier 1,90—2,00.

tz **Konitz** (Chojnice), 29. November. Ein Stall des Beamten Cichowski an der Bütower-Chaussee brannte ab.

Bezirkssekretär Fritz des V. D. K. hielt in Frankenhagen einen Lichtbildervortrag, der sehr stark besucht war. Nachdem um 1,30 Uhr ein Märchenvortrag für Kinder stattgefunden hatte, hielt er um 4 Uhr einen Vortrag über „Das Menschenleben", der durch gemeinsame Lieder eingerahmt wurde. Mit einer kurzen Ansprache schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine unangenehme Überraschung erlebte der Besitzer Kopischke aus Pantau, als er von einer Hochzeitsfeier nach Hause kam. Er fand seine Wohnung vollständig ausgeräumt vor. Die Diebe sind entkommen.

Je zwei Wochen Arrest erhielten vom Konitzer Burggericht ein gewisser Glombiński mit seinen Helfershelfern wegen Kohlendiebstahls vom Bahngelände. Die Verurteilten legten Berufung ein. — Zwei Wochen Gefängnis erhielt ein Mann namens Martwitz aus dem Kreise Konitz wegen unerlaubten Grenzübertritts.

p. **Vandsburg** (Więcbork), 29. November. Zu Ehren der gefallenen Krieger fand am Totensonntag in der hiesigen evangelischen Kirche eine Gedächtnisfeier statt, welche mit einem Orgelvorspiel und dem Chorliede „Wie sie so sanft ruhn" eingeleitet wurde. Hieran anschließend hielt Vikar Pahl die Gedächtnisrede. Es erfolgte alsdann die Namensverlesung der gefallenen Helden der Kirchengemeinde Vandsburg-Sitno-Pempersin, während die Glocken läuteten. Darauf sang der Männerchor „Ich hat einen Kameraden". Mit einem Gebet fand die Feier ihren Abschluß.

Friedrichsruh und Finkenstein — Erbhöfe.

Die Güter Friedrichsruh des Fürsten Bismarck und Finkenstein des ostpreußischen Staatsrates Graf Dohna wurden trotz ihrer Größe aus besonderen historischen Gründen zu Erbhöfen erklärt.

Zu dieser Meldung bemerkt der „Völkische Beobachter":

Die Bildung der Anerbenbehörden ist so weit fortgeschritten, daß nunmehr auch das gesetzlich geregelte Verfahren für die Zulassung von größeren Gütern (über 125 Hektar) durchgeführt werden kann. Die ersten Anträge von Großgrundbesitzern sind bereits beim Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eingegangen und es dürfte schon in der nächsten Zeit eine Anzahl Güter, bei denen die Voraussetzungen des Reichserbhofgesetzes vorliegen, als Erbhöfe zugelassen werden.

Auch größerer Grundbesitz kann bekanntlich nach dem Gesetz Erbhof werden, wenn es sich um arrondierten Besitz handelt, der nachweislich seit mehr als 150 Jahren im Eigentum eines Geschlechtes steht; wenn es mit Rücksicht auf die Bodenart oder das Klima geboten erscheint; wenn ein um das Gesamtwohl des deutschen Volkes besonders verdienter Deutscher in eigener Person oder in seinen Nachkommen geehrt werden soll; wenn das auf dem Hof ansässige Geschlecht dort Werte (z. B. Bauwerke von künstlerischer oder kulturgeschichtlicher Bedeutung) geschaffen hat, die einen größeren Besitz als wirtschaftliche Grundlage für ihre Erhaltung bedingen.

Soweit diese Voraussetzungen vorliegen, empfiehlt es sich, die Anträge auf Zulassung von Erbhöfen sobald als möglich bei dem zuständigen Anerbengericht zu stellen, um im Hinblick auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Vaterlandes in Kürze auf dem Lande klare Verhältnisse schaffen zu können.

•

100 000 Ehestandsdarlehen.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, äußerte sich in einer Unterredung mit einem Schriftleiter der Berliner „Nachtausgabe" eingehend über die bisherigen Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und über die Entwicklung der Reichsfinanzen. Reinhardt erklärte dabei u. a.:

Die Maßnahmen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit können sich zum erheblichen Teil erst jetzt auswirken diejenigen im Rahmen des Gebäude-Instandsetzungs-Gesetzes vom 21. September 1933. Darüber hinaus haben wir vor einigen Tagen 72,5 Millionen Reichsmark aus der freiwilligen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit verteilt für Arbeiten, die in der nächsten Zeit in Angriff genommen werden. Auch andere Arbeiten, die zu einer Erhöhung des Beschäftigungsgrades in den Innenberufen führen werden, sind für die nächsten Wochen noch in Aussicht genommen. Dabei werden vor allem die Wohlfahrtserwerbslosen wieder der Arbeit zugeführt werden.

Die Zahl der Hausgehilfinnen hat sich inzwischen bereits um rund 100 000 erhöht. Es ist sicher, daß diese Entwicklung sich fortsetzen wird. Auf Grund des Gesetzes zur Förderung der Eheschließungen sind bis heute rund 100 000 Ehestandsdarlehen gewährt worden. Ich werde in Zukunft laufend rund 20 000 Ehestandsdarlehen manatlich gewähren. Die von der Jahreszeit unabhängige Entlastung des Arbeitsmarktes beträgt in Auswirkung der Gesetze zur Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft und zur Förderung der Eheschließungen rund 50 000 monatlich.

•

Neuregelung in der Führung der deutschen Presse

Der Präsident der Reichspressekammer, Verlagsdirektor Max Amann, hat den Vorsitz des Vereins Deutscher Zeitungsverleger niedergelegt, um sich seiner Tätigkeit für die Pressekammer in völliger Unabhängigkeit widmen zu können.

Zum Vizepräsidenten der Reichspressekammer hat der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda den Reichspressechef der NSDAP, Mitglied des Präsidialrats der Reichspressekammer, Dr. Otto Dietrich, ernannt. Demzufolge hat auch Dr. Dietrich die Führung des Reichsverbandes der Deutschen Presse niedergelegt.

Zum Führer des Reichsverbandes der Deutschen Presse hat der Reichsminister Dr. Göbbels den bisherigen Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse, Chef vom Dienst des „Völkischen Beobachters", Wilhelm Weiß, ernannt.

•

„Paul-von-Hindenburg-Haus" der Hitler-Jugend.

Der Reichsjugendführer Baldur von Schirach hat ein ausführliches Schreiben an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet mit der Bitte, gestatten zu wollen, daß ein großer projektierter Bau der Hitler-Jugend den Namen „Paul-von-Hindenburg-Haus" erhält. In seiner Eigenschaft als Führer des Deutschen Jugendherbergen-Verbandes weist der Reichsjugendführer darauf hin, daß das beabsichtigte Paul-von-Hindenburg-Haus gewissermaßen die Krönung der gesamten Tätigkeit des Jugendherbergen-Verbandes darstellen soll. Der Jugendherbergen-Verband hat dem Reichsjugendführer für diesen Zweck bereits erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Das „Paul-von-Hindenburg-Haus" soll als größte und modernste Jugendherberge der Welt eingerichtet und mit umfangreichen Sportanlagen verbunden werden.

WTB. und TU. vereinigt.

„Deutsches Nachrichten-Büro" gegründet.

Aus Berlin wird gemeldet:

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung in der deutschen Presse haben sich die Inhaber der Continental Telegraphen Compagnie Wolffs Telegraphisches Büro Aktiengesellschaft und die Gesellschafter der Telegraphen-Union Internationaler Nachrichtendienst Gesellschaft mit beschränkter Haftung dahin verständigt, daß die in Deutschland herausgegebenen Dienste der beiden Gesellschaften zusammengelegt werden. Zu diesem Zwecke wird eine neue Gesellschaft gebildet, die sich

Deutsches Nachrichtenbüro
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

nennt. Zum Vorsitzenden des Vorstandes der neuen Gesellschaft ist Otto Mejer, zu seinem Stellvertreter Dr. Albrecht ernannt worden. Dem Vorstand gehören ferner an: Direktor Freiherr Besserer v. Thalfingen und Direktor Dr. Reetz. Den Vorsitz des Aufsichtsrates übernimmt Verleger Hugo Bruckmann (München). Als Delegierter des Aufsichtsrates ist Hauptmann a. D. Wilhelm Weiß in den Vorstand entsandt worden.

Die neue Gesellschaft wird ihre Arbeiten noch vor Ablauf dieses Jahres aufnehmen.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau" beziehen zu wollen.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

F. S. Dzialdowo. Die Erhöhung der Umsatzsteuer von 1 Prozent auf 2 Prozent für Handwerksunternehmer, die keine Handwerkskarte besitzen, ist erfolgt durch die Novelle zum Gewerbesteuergesetz vom 19. Dezember 1931 („Dz. Ust." Nr. 112 Pos. 881). In Art. 11 dieser Novelle sind die Sätze der Umsatzsteuer vom 1. 1. 32 ab bis 1937 angegeben. Unter G wird bestimmt: „2 Prozent von den verbleibenden Umsätzen, die der Besteuerung unterliegen." Da Ihr Fall in dem vorangegangenen Verzeichnis nicht aufgeführt ist, fällt er unter diejenigen, die 2 Prozent Umsatzsteuer zu zahlen haben. Die Novelle zu dem Gesetz ist erst am 1. 1. 32 in Kraft getreten, für die vorhergehenden Jahre konnte also eine Nachsteuer nicht gefordert werden.

Altenteil F. T. 1. Ob das Gut die Verpflichtung hatte, Ihre Schwiegermutter zu unterhalten, wissen wir nicht; um ein Altenteil konnte es sich in keinem Falle handeln. Von der Beantwortung dieser Frage hängt es aber ab, ob Ihre Schwiegermutter auf die Nachzahlung der Bezüge für die letzten zwei Jahre gesetzlichen Anspruch hat. 2. Wenn Ihre Schwiegermutter infolge Krankheit nicht transportfähig ist, und wenn Ihre Schwägerin wegen der Hilflosigkeit der Kranken Bedenken hat, sie fremder Obhut zu überlassen, kann sie verlangen, daß die Bezüge der Kranken an sie, nämlich die Schwägerin, abgeführt werden.

J. K. Die fragliche Firma ist uns gänzlich unbekannt.

„Stimmzettel Nr. 7." 1. Maßgebend ist unserer Ansicht nach die Eintragung; wenn nicht Golddollar eingetragen ist, dann gilt der den Kursschwankungen ausgesetzte Dollar. Im übrigen halten wir die Eintragung bezüglich Ihres Kreditscheins für unverständlich. Sie konnten sich doch nicht „verpflichten", daß Ihr Konto in Gold geführt wird, denn Sie führten es doch nicht sondern die Bank. Sie konnten sich nur damit einverstanden erklären, daß Ihr Konto in Gold geführt wurde, oder Sie konnten der Bank die Verpflichtung dazu auferlegen. 2. Wenn der Ehemann 2 Monate lang den fraglichen Schrank in seinem Haushalt benutzen ließ, so geht klar daraus hervor, daß er mit dem Kauf desselben einverstanden war. Damit ist die Sache erledigt, und der Mann kann nicht zwei Monate später den Kauf beanstanden. Sie sind demnach zur Zurücknahme des Möbels nicht verpflichtet.

Graudenz 1001. Wir halten Ihren Beruf für den eines Handelsreisenden (Commis voyageur); denn Sie vertreten nur eine Firma, Sie werden von dieser entlohnt zwar nicht durch Gehalt aber durch Provision, was schließlich auf eines herauskommt. Als solcher haben Sie nur ein Patent zu lösen und keine Umsatzsteuer zu zahlen. Da Sie als Handelsreisender Angestellter der Firma sind, zieht diese Ihnen bei der monatlichen Abrechnung die auf Sie entfallende Einkommensteuer ab, sie muß Sie auch bei der Versicherungsanstalt für geistige Arbeiter in Posen und bei der Krankenkasse anmelden. Ein Teil der Beiträge für diese Institute entfällt auf die Firma und ein Teil auf Sie; die Verteilung erfolgt nach der Höhe Ihres Einkommens; wahrscheinlich wird die Firma 3/5 und Sie 2/5 der Beiträge zu zahlen haben. Wäre Ihre Tätigkeit ein Unternehmen für Handelsvermittlung, was wir aber, wie gesagt, nicht annehmen, dann würden Sie neben dem Handelspatent noch Umsatzsteuer von der Gesamtsumme Ihrer Provision zu zahlen haben, und zur Einkommensteuer müßten Sie sich selbst einschätzen, wenn Ihr Jahreseinkommen 1500 Złoty und darüber betrüge. Als selbständiger Unternehmer würden Sie natürlich nicht verpflichtet sein, sich bei der Krankenkasse oder bei der Versicherungsanstalt für geistige Arbeiter zu melden.

„Alter Abonnent 1300." Rein juristisch liegt die Sache so: Sie sind zu nichts weiter verpflichtet als zur Zahlung der eingetragenen Dollarsumme nach vorausgegangener vierteljährlicher Kündigung, und zwar zum Dollarkurse, der heute rund 5,60 steht, d. h. 1 Dollar gleich 5,60 Złoty. Zu einer kürzer befristeten oder gar sofortigen Zahlungsforderung ist die Kasse nicht befugt, sie ist vielmehr an die im Grundbuch eingetragene Kündigungsfrist gebunden. Sie kann auch nicht Teilzahlungen beanspruchen, die nur den Zweck haben, Ihnen allein den Kursverlust, der zurzeit etwa 17—1800 Złoty beträgt, aufzubürden, d. h. Sie für Fehler verantwortlich zu machen, die die Kasse selbst gemacht hat. So liegt rein juristisch die Sache. Vielleicht würden Sie mit sich reden lassen, wenn die Kasse mit einem Vorschlag an Sie herantreten würde, wodurch der Kursverlust aus Billigkeitsgründen auf beide Seiten verteilt würde. Gezwungen sind Sie dazu nicht, aber einerseits entspricht es dem Gebot von Treu und Glauben, das zurückzuzahlen, was man erhalten hat, und andererseits würden Sie durch ein entsprechendes Entgegenkommen gegenüber der Kasse wahrscheinlich erreichen, daß die letztere auch von dem ihr zustehenden vierteljährlichen Kündigungsrecht nicht gleich Gebrauch macht und Ihnen das Geld weiter beläßt. Die 1300 Dollar haben heute einen Kurswert von rund 7400 Złoty.

R. R. 101. 1. Für die Lokalsteuer ist der Inhaber der Wohnung verantwortlich; die Lokalsteuer wird von der Grundmiete erhoben, d. h. von der Miete für den Monat Juni 1914 auf das ganze Jahr umgerechnet auf der Basis 1 Mark = 1,23 Złoty. Und zwar wird für Wohnungen bis 3 Zimmer einschließlich 8 Prozent Lokalsteuer berechnet und für Wohnungen über 3 Zimmer 12 Prozent. 2. Machen Sie der hiesigen Papierfabrik (Wielkopolska Papiernia, Tow. Akc., Bydgoszcz-Czyszkówko, Siedlecka 10) eine Offerte.

„Wer hat aus dem Wege zu fahren? Anfrager in Trz. I. Sie sind zwar auf der falschen Seite gefahren, aber das war durch die Umstände geboten. Sie mußten mit Ihrer Last auf dem harten Wege bleiben. Und eine Schlange von 10 Lastwagen hintereinander kann nicht jedem von hinten kommenden Fuhrwerk aus dem Wege fahren. Das mußte auch der Autobus berücksichtigen. II. Heiratsgut in Form von Getreide ist zulässig. Das Quantum ist nicht beschränkt; es ist zulässig, soweit es Heiratsgut ist.

R. A. 100. Der Stempelsteuer unterliegen nur Schriftstücke, die irgend ein Rechtsgeschäft bestätigen. Ohne ein Schriftstück ist eine Stempelgebühr undenkbar. Wenn bei dem fraglichen Geschäft weder eine Rechnung noch eine Quittung in Frage kam, kann von einer Stempelgebühr keine Rede sein. Wenn die Kasa Skarbowa Sie wegen Stempelsteuerhinterziehung in Strafe nehmen will, so muß sie Ihnen die Rechnung oder Quittung vorweisen, bei der Sie der Stempelpflicht nicht genügt haben sollen. Es wird Ihnen nichts übrig bleiben, als am Tage des angedrohten Zwangsverkaufs die Forderung unter Protest zu bezahlen, um den Zwangsverkauf zu vermeiden. Im gerichtlichen Verfahren muß ja die Korrektur eintreten. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns über den Ausgang des Verfahrens Nachricht geben wollten.

W. 1. Fordon. Der Gläubiger hat auf die fragliche Summe zurzeit gar keine Rechte und auch kein Recht auf irgendwelche Zinsen davon. Sein Recht wird erst wirksam, wenn der Käufer die Auflassung erhalten hat, dann kann er das Kapital verlangen und von diesem Zeitpunkt ab auch eine Verzinsung. Die Forderung kann, da es sich offenbar um Restkaufgeld handelt, bis 100 Prozent aufgewertet werden; nämlich dann, wenn das Grundstück noch denselben Wert hat wie im Jahre 1919. Welcher Aufwertungsbetrag in Frage kommen kann, können wir nicht sagen, da wir nicht wissen, aus welchem Monat des Jahres 1919 die Forderung stammt.

Die neue Aera in der europäischen Politik.

Die letzten Erfolge Hitlers in der Außenpolitik haben auch den sozialistischen „Robotnik", der bis jetzt über die letzten Ereignisse in der internationalen Politik zur Tagesordnung übergegangen war, veranlaßt, aus der Reserve herauszukommen und seiner Meinung darüber Ausdruck zu geben, was die Friedensbereitschaft Hitlers in Europa angerichtet habe. Das Blatt schreibt u. a.:

Schon die erste Reaktion der Mächte auf den Austritt Hitlers aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz deutete darauf hin, daß die Mächte vor Hitler kapitulieren würden. Und in der Tat ist diese Kapitulation auf der ganzen Linie erfolgt. Hitler erklärte, als er aus dem Völkerbund austrat, sich bereit, gesonderte Verhandlungen mit den einzelnen Staaten aufzunehmen. Als erster meldete sich Polen, diesem folgte England und dann auch Frankreich. Ohne vorläufig darauf einzugehen, ob diese Unterredungen irgend ein positives Ergebnis zeitigen werden oder nicht, muß man doch feststellen, **daß Hitler den Mächten seine Bedingungen diktiert hat und die Mächte fügsam diese Bedingungen angenommen haben.** Und es handelt sich hier nicht um eine Formalität oder um ein Ansehen, sondern um eine grundsätzliche Sache, um die Existenz des Völkerbundes. Hitler und Mussolini wollen den Völkerbund begraben, bzw. ihn so reformieren, daß diese Institution — Völkerbund bleibt und ein Werkzeug in der Hand einiger Großmächte wird, unter denen wiederum Deutschland und Italien die entscheidende Stimme hätten.

Andererseits stellt **Hitler als Bedingung** der Verhandlungen mit den anderen Staaten die Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiet der Rüstungen auf. Indem sich die Mächte mit individuellen Verhandlungen mit Hitler einverstanden erklären, nehmen sie schweigend offenbar auch diese Bedingung an. Das ganze mit soviel Mühe bearbeitete englisch-französische Abrüstungsprogramm wurde in die Ecke geworfen, die Abrüstung selbst wurde eine Fiktion.

Die Verständigung Englands mit Frankreich ist in Trümmer gegangen, dem Wunsche Hitlers entsprechend, der zusammen mit Mussolini jetzt eigentlich die europäische Politik leitet.

Avenol unterhält sich in Rom mit Mussolini über eine Reform, d. h. über die Beerdigung des Völkerbundes, und Mussolini ladet Litwinow nach Rom ein, um Sowjetrußland in die reformierte Liga einzuschalten. Sind solche Freunde des Völkerbundes wie Hitler, Mussolini und Litwinow an ihrer Spitze, so kann man über ihr Schicksal beruhigt sein.

Diese Tragikomödie spielt sich unter den Augen Europas einige Wochen nach der Zeit ab, da Hitler vollständig eingekreist war, und ein heftiges Wort Englands und Frankreichs an seine Adresse genügt hätte, ihn zur Ordnung zu rufen. Dieser für die europäischen Mächte ungeheuer demütigende Sieg Hitlers verdient die Aufmerksamkeit als ein Symbol des Augenblicks. Er bedeutet die Niederlage der traditionellen westlichen Diplomatie, über die die „brutale Entscheidung Hitlers" triumphiert hat. Wir haben den Eindruck, daß die Zeiten jener traditionellen Diplomatie vorbei sind, daß die Hitlersprache mit derselben Sprache wird beantwortet werden müssen. Aber Hitler hätte seinen Schritt nicht riskiert, wenn er seine Pappenheimer nicht gekannt, wenn er nicht gewußt hätte, daß die Klasseninteressen der bürgerlichen Regierungen über jegliche Zweifel und Befürchtungen die Oberhand nehmen werden."

Die Regierungen Englands, Frankreichs, Belgiens usw. ziehen es vor, Demütigungen von Hitler zu ertragen, als seine internationale Lage zu erschweren und dadurch sein Ende zu beschleunigen.

Und daher werden sie Hitler die größten Zugeständnisse machen. Merkwürdige Pazifisten sind die Bourgeoisien. Man verträgt sich mit Hitler, gestattet ihm aufzurüsten, um selbst rüsten zu können — im Namen der Verteidigung vor Deutschland, dessen Rüstung bewußt erleichtert und unterstützt wird. Hier haben wir ein klassisches Beispiel der Befriedung, die direkt zu einer neuen europäischen Metzelei führt.

Dieser Befriedung setzt nun der „Robotnik" den Pazifismus des Sozialismus entgegen: Gerade vor wenigen Tagen hat die Internationale einen bedeutsamen Beschluß gefaßt, in dem es u. a. heißt: Keine gesonderten Verhandlungen mit Hitler, Abschluß der Abrüstungskonvention und im Falle des Widerstandes Deutschlands die im Versailler Traktat vorgesehenen wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber den Widerspenstigen. Die Sozialisten, die das Traktat als Ganzes stets bekämpft haben, sind heute seine Verteidiger geworden. In der Sorge um den Frieden und das Morgen der Menschheit sind sie bereit, alle Mittel anzuwenden, um das Hitlertum und den Faszismus zu stürzen, da sie einen neuen Krieg vorbereiten . . .

Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska" erblickt in der Aufnahme der direkten deutsch-französischen Gespräche das Ende der Genfer Periode und der Rückkehr der europäischen Staaten zu den vorkriegszeitlichen Methoden.

. . . Nicht der Inhalt der Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem Vertreter Frankreichs ist interessant, sondern vor allem die Tatsache, daß es zu dieser Unterhaltung gekommen ist. Denn man kann den deutschen Pressemeldungen nicht Unrecht geben, **daß man es hier in der Tat mit dem Beginn der direkten Unterredungen zwischen Frankreich und Deutschland zu tun hat.** Es stellt sich heraus, daß der so kritisierte Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund ein weiser politischer Schritt gewesen ist. Frankreich ist heute schon mit seinen Ansichten über die Möglichkeit, irgend etwas in Genf zu erledigen, isoliert. England drängt es ausdrücklich und energisch zu Zugeständnissen gegenüber Deutschland. Italien ist froh, über den Bankerott des Völkerbundes und führt eine Politik, die darauf abzielt, den Vierer-Pakt zu beleben. Es gibt also keinen anderen Ausweg für die französische Politik wie die Einleitung von direkten Verhandlungen mit Deutschland, es wird einen anderen Ausweg auch weiterhin nicht geben, wie sich damit einverstanden zu erklären, Unterredungen in Gesellschaft von drei oder vielleicht mehr Mächten zu führen. **Und es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß man, wenn das bisherige System auf dem Gebiet der Außenpolitik beibehalten wird, Zugeständnisse auf Zugeständnisse wird machen müssen,** sowohl in der Rüstungsfrage als auch in der Frage des Saargebiets, auf dem Gebiet der Bündnisse mit den Staaten Osteuropas und auch in der österreichischen Frage. Die bisherige Methode führt mit eiserner Notwendigkeit von Kapitulation zu Kapitulation.

Mit einer Änderung in der Leitung der französischen Politik ist nicht zu rechnen

Es ändern sich die Ministerpräsidenten in Paris, doch die Regierung bleibt stets dieselbe, die Regierung der radikalen Partei, die trotz allem durch die ganze Linke im Parlament gestützt wird. Hieraus ergibt sich die Unveränderlichkeit der Außenpolitik, deren Symbol das Verbleiben des Herrn Paul-Boncour im Quai d'Orsay ist. Denn alles spricht dafür, daß er in der neuen Regierung bleiben wird.

Wenn man also die Lage so beurteilt, muß man zu der Überzeugung kommen, daß der Besuch des Herrn François Poncet bei dem Kanzler Hitler den Beginn einer neuen Periode in der europäischen Politik bedeutet. Beendet ist der Genfer Zeitabschnitt, unter dem Druck der Notwendigkeit kehren die europäischen Staaten zu den traditionellen vorkriegszeitlichen Methoden zurück.

Die unverdiente schlechte Note oder: die beschränkten Lehrer.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

In der Politik spielt das Gefühl dafür, wo ungefähr die Grenze zwischen dem Möglichen und dem Unmöglichen verläuft, die Hauptrolle. Die Größe von Staatslenkern offenbart sich darin, daß sie von diesem Gefühl nie verlassen werden. Die Grenze zwischen dem Möglichen und dem Unmöglichen verläuft verschieden, nach Zeit und Ort und besonders je nachdem, ob es sich um das innenpolitische oder das außenpolitische Gebiet handelt. In der ganzen Nachkriegszeit umfaßte in den meisten europäischen Staaten das innenpolitische Gebiet beinahe phantastische Möglichkeiten, und Männer, die mit einem angeborenen staatslenkerischen Instinkt begabt waren, haben auch richtig erkannt, wo Spielraum vorhanden war und die Grenze des Möglichen zum Erstaunen einer Welt von Durchschnittspolitikern gewaltig vorgeschoben, bis in Regionen, von denen den politischen Realisten nicht träumte. In der Außenpolitik dagegen ist der Bereich des Möglichen viel beschränkter, und wieder sind es scharfsehende Staatslenker, welche die Grenzen genau wahrnehmen, die von der politischen, Mögliches mit Unmöglichem vertauschenden Mittelmäßigkeit überrannt werden. Das ist wie im Privatleben. Im eigenen Hause kann man alles umstülpen, das Unterste zuoberst kehren und sich einrichten, wie man will; dagegen sind im Verkehr mit den Nachbarn dem Umgestaltungsdrange ziemlich enge Grenzen gesetzt, mit deren Verletzung weitreichende Folgen verknüpft sind. Der großzügige Staatslenker weiß in Erkenntnis der Grenzen des wirklich Möglichen die richtige Dosis der Mischung von Kühnheit und Vorsicht zu bereiten. Er läßt sich nicht durch vorübergehende Zustände täuschen, in denen etwas an und für sich Unhaltbares zwar besteht, aber wie um zu erweisen, daß es eben unhaltbar ist und in die Sphäre des Unmöglichen verwiesen werden soll.

In der polnischen Innenpolitik ist das endekische Lager mit seinen Anhängseln immer dort zurückhaltend und vorsichtig, wo Piłsudski kühn und „phantastisch" ist. Wer immer wieder Recht behalten hat, sehen wir alle klar. In der Außenpolitik wiederum neigt die Endecja zu abenteuerlicher kühner Phantastik gerade dort und dann, wo und wann Piłsudski sich der Nüchternheit befleißigt und sehr behutsam vorgeht, jedenfalls die Prinzipienreiterei entschieden ablehnt. Die Endecja kann aus Gründen der Artverschiedenheit Piłsudski nicht verstehen, aber Piłsudski gibt sich nicht die geringste Mühe, ihr das Verständnis für seine außenpolitischen Haltungen und Entschlüsse, für die Philosophie seiner Strategik beizubringen. Vielmehr könnte man vielleicht annehmen, daß die Unbelehrbarkeit der Endecja, die ihre Sprüche herleiert, mit eine feste Position in seinen Berechnungen bilde . . . Seit Versailles hat sich allerhand, das am Kriegsende möglich geschienen hatte, als unhaltbar erwiesen, so gründlich unhaltbar, daß die Verhältnisse, die infolge dieser Unhaltbarkeit sich in Europa paradoxal kreuzten und überschlugen, einen Wirrwarr von allgemein schon sichtbarer Phantastik schufen. Und in den ehemaligen Entente-Ländern beginnt man einzusehen, wo und warum in Versailles die Grenze des Möglichen übersehen und überschritten wurde.

Die Endecja hat diese Entwicklung in der Richtung zur Einsicht nicht mitzumachen vermocht. Aber es mutet erheiternd an, wenn man liest, wie die Kozickis, Strońskis, Koskowskis und wie sie alle heißen, der Leitung der polnischen Außenpolitik zum Vorwurfe machen, daß sie nicht starr und donquijotisch auf einem kategorischen Imperativ bestehe, den die Schöpfer dieses Imperativs wenn noch nicht ganz aufgegeben, so doch wesentlich umgemodelt haben. Der polnischen Außenpolitik seit 1926 wird die Tugend der Gelenkigkeit als ein rügenswerter Mangel vorgehalten, sie wird von den Endeken dafür getadelt, worauf sie stolz sein kann. Die Außenpolitik Polens entwickelt sich gemäß den seismographischen Schwankungen der Grenze zwischen dem Möglichen und Unmöglichen und tut damit ihre Pflicht. Die Endecja dagegen haftet so sehr am Phantastischen, daß sie die Leitung der polnischen Außenpolitik dafür verantwortlich machen möchte, daß — der politische Seismograph überhaupt schamloserweise Veränderungen im europäischen Kräfteverhältnis aufweist . . .

Es ist ein abgegriffener Trick der Endeken, besonders Strońskis, der polnischen Außenpolitik Zensuren über gutes oder schlechtes Betragen gegenüber der jeweiligen Französischen Regierung zu erteilen. Mit schulmeisterlicher Beflissenheit häufen einige Herren in ihren Notizbüchern Berge von schlechten Noten, welche die polnische Politik angeblich deswegen verdient habe, weil eine Anzahl von Pariser Politikern ihre Nase über Warschau mißverstehend rümpften. Die Strońskis zitieren, um Piłsudski und Beck zu beschämen, so manchen Artikel dieser Naserümpfer; liest man indessen diese Artikel aufmerksam, so bemerkt man, daß sie eigentlich Wasser für die Mühlen der polnischen Außenpolitik liefern und die Wertschätzung des geschickten Spiels Warschaus zu steigern geeignet sind.

Ein typischer Aufsatz dieser Art ist in der Pariser Zeitung **„La République"** am 23. d. M. erschienen. Der Verfasser dieses Artikels, Jaques Kayser, macht u. a. folgende Ausführungen:

„. . . Die dem Bündnisse mit Polen seit der Zeit der Friedensverhandlungen, insbesondere seit dem Jahre 1924 (d. h. der Briandschen Verständigungspolitik) gehaltene Treue stand einer Verständigung mit Deutschland im Wege . . . Wie oft haben wir in diesem Blatte, seit den fünf Jahren seines Bestehens, auf die Illusion einer größtenteils auf das enge Einvernehmen mit Polen gestützten Außenpolitik hingewiesen . . . Den blinden Anhängern des Bündnisses mit Polen werden wir antworten, daß ihre Leidenschaft einer gewissen Mäßigung entschieden bedürfte. Wir werden zwar nicht, wie manche es tun, sagen, daß **Polen sich eine neue Außenpolitik zugelegt habe,** aber wir werden sagen, daß seine Leiter, deren Feinheit viele Widersprüche nicht zu verhüllen vermag, **weiterhin einige Arten von Politik betreiben, welche in manchen Punkten miteinander im Widerstreite sind . . .**

„Die Französische Regierung hat die Pflicht, Polen ihre Verwunderung darüber auszudrücken, daß dessen Leiter, welche das Recht in Anspruch nahmen, der Französischen Regierung jede unmittelbare Fühlungnahme mit Deutschland zu verbieten, ihrerseits **nicht befürchtet haben, sich mit Hitler unmittelbar zu verständigen.** Und die französische öffentliche Meinung hat das Recht die Französische Regierung zu befragen, ob diese über den Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen verständigt wurde. **Wurde unser Botschafter, Herr Laroche, von der Polnischen Regierung am folgenden Tage nach der Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachung eingeladen, nicht aber am Vortage? Hat man uns vor eine vollendete Tatsache gestellt?** Werden wir vom amtlichen und halbamtlichen Verlauf der Verhandlungen in Kenntnis gesetzt?

„Schon früher, als wir darauf hinwiesen, daß die deutsch-polnische Annäherung auf Grund der phantastischen Pläne Rosenbergs besiegelt wird, haben wir gefragt, was eigentlich Wahres an dem Konzept sei, **daß Polen für eine Änderung der deutsch-polnischen Grenze der Zugang zum baltischen Meere in Memel und in dem mit Polen zu föderisierenden Litauen, sowie der Zugang zum Schwarzen Meere durch die mit Polen durch eine Föderation zu verbindende Ukraine gegeben werden soll. Marschall Piłsudski und Oberst Beck sind nicht große Freunde Rußlands. Hitler ist ein großer Freund Japans.** Es besteht eine Spannung zwischen Rußland und Japan. Wenn ein bewaffneter Konflikt im Fernen Osten ausbricht, so wird es im europäischen Osten keinen Versuch eines anti-sowjetrussischen Kreuzzuges geben, der **von Polen und Deutschland, von beiden auf der Suche nach östlichen Gebieten, geleitet werden würde?"**

Stroński meint, daß die Polnische Regierung deswegen, weil jemand in Paris ein Interesse daran fand, einen solchen Artikel zu schreiben, — eine sehr schlechte Note verdient habe und er erteilt sie auch. Unseres Erachtens ist dies — beschränkte Schulfuchserei. Der polnische Außenminister verdiente eher eine schlechte Note, wenn er sich über den Kayserschen Aufsatz grämte, statt zufrieden zu schmunzeln. Wer weiß, ob nicht schon Fonds mobilisiert werden, um den Boden für derlei Aufsätze, wie der oben zitierte, reichlich zu düngen . . .

Rundfunk-Programm.

Sonnabend, den 2. Dezember.

Deutschlandsender.

06.35: Konzert. 10.10: Schulfunk. 10.50: Fröhlicher Kindergarten. 11.30: Wirtschaftliche Wochenschau. 11.45: Dr. Lind: Führerpersönlichkeiten der deutschen Geschichte. 12.05: Schulfunk: Feierstunde. 14.00: Aus neuen Operetten (Schallplatten). 15.00: Kinderbastelstunde. 15.45: Luftfahrergeschichten. 16.00: Konzert. 17.00: Sportwochenschau. 17.20: Musik zum Wochenend. 18.05: Zur Unterhaltung. 18.45: Glockengeläut des Doms zu Breslau. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Hamburg: **Leichte Musik.** 20.00: Kernspruch. 20.10: Von Breslau: **Ein Walzer muß es sein!** 22.00: Nachrichten. 22.30: Die Winterkampfspiele 1934. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Übertragung von Langenberg. Anschl. bis 00.30: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Neue Dezember-Schallplatten in bunter Folge. 10.10 bis 10.40: Schulfunk-Feierstunde. 11.50 ca.: Schallplatten. 14.10: Schallplatten. 16.00: **Konzert.** 18.00: Deutsche Jugend — Italienische Jugend. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Hamburg: **Leichte Musik.** 20.10: **„Ein Walzer muß es sein!"** Volksstück um Johann und Joseph Lanner von Rolf Herbert Kunze. 22.00: Nachrichten. 22.30—01.00: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.35—08.00: Konzert. 08.00: Morgenandacht. 09.05: Schulfunkstunde. 11.30: Konzert. 13.05—14.30: Schallplatten. 16.00: Konzert. 17.45: Lieder der neuen Front für Männerchor. 19.00: **Stunde der Nation. Von Hamburg: Leichte Musik.** 20.00: Nachrichten. 20.10: Kameradschaftsstunde. Generalmajor a. D. Haenicke: **„Langemarck"**, Hörspiel von Meyer-Düwerth. 21.30: **Louis Ferdinand Prinz von Preußen. Quartett für Klavier, Violine, Bratsche und Cello, Werk 5 (Es-Dur).**

Leipzig.

06.35: Konzert. 12.00: Schallplatten. 13.30: Schrammelmusik. 14.30: Kinderstunde. 16.00: Konzert. 17.30: Blick in Zeitschriften. 17.50: Ferdinand Thürmer: Friedrich II. von Hohenstaufen. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Hamburg: **Leichte Musik.** 20.10: Von Breslau: **„Ein Walzer muß es sein."** 23.00—24.00: Nachtmusik.

Warschau.

12.05: Schallplatten. 12.38—13.00: Schallplatten: Weniger bekannte Werke. 16.00: Liedervortrag. 18.20: Solistenkonzert. 20.00: **Leichte Musik.** Funkorchester. Solist: Witas, Tenor. 21.20: **Chopin-Klavierkonzert.** 22.15: Schallplatten. 23.05: Tanzmusik.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die deutsche Währungspolitik.

Erklärungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hielt in der Industrie- und Handelskammer in Wuppertal-Elberfeld eine Rede über die deutsche Wirtschaft und die Währungsfrage und erklärte unter anderem:

Eine gesunde Ausfuhr ist für Deutschland nach wie vor eine Lebensnotwendigkeit. Deutschland ist keine Insel in der Welt, und ein 65-Millionenvolk kann sich kulturell nicht weiter entwickeln, ohne sich in die Welt einzufügen, da es andernfalls Gefahr läuft, zu verkümmern. In der Öffentlichkeit wird vielfach der Plan erörtert, die deutsche Währung mit dem Schicksal des Pfundes zu verbinden. Deutschland kann aber niemals eine Währungspolitik betreiben, die von der Bank von England gemacht wird.

Es ist auch unmöglich, eine schwankende Währung anzunehmen, ohne dadurch Kräfte mobil zu machen, die man nicht mehr beschwören kann.

Deutschland hat die Folgen der Zerrüttung einer Inflation schon gekostet, und diese Tatsache zwingt aus staatspolitischen Gründen, eine Inflation oder schwankende Währung von vornherein mit aller Deutlichkeit zurückzuweisen. **Die Umgestaltung der Wirtschaft, deren Notwendigkeit vorliegt, kann nicht von der Währung her erfolgen, ohne eine in ihren Folgen gar nicht übersehbare Verlagerung der Kräfte.** Selbstverständlich aber ist, daß auch die Reichsbank der Ausfuhrindustrie, deren große volkswirtschaftliche Bedeutung niemand verkennen wird, helfen will und muß. Für das Ausland muß auch fernerhin Grundsatz bleiben, daß Deutschland nicht ausreichend bezahlen kann wenn die ausländischen Märkte nicht in ausreichendem Umfange deutsche Waren aufnehmen. Gewiß haften den jetzigen Ausfuhrförderungsmitteln noch Mängel an. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, daß zum Beispiel der Scripshandel noch im Anfang steht, so daß eine Entwicklung des Geschäftes erst noch zu erwarten ist.

Welche Maßnahmen die Reichsbank ergreifen wird, wenn sich die Unzulänglichkeit der bisherigen Maßnahmen in der Zukunft erweisen sollte, wird die weitere Entwicklung ergeben. Als unumstößlichen Grundsatz wird die Reichsbank aber auch bei ferneren Maßnahmen den ansehen,

daß eine feste Währung einer der Pfeiler ist, auf denen sich eine gesunde Wirtschaft aufbaut.

Sie glaubt dadurch auch gerade der Ausfuhrindustrie zu dienen, denn die deutsche Währungspolitik hat das Ansehen Deutschlands im Auslande wesentlich gefördert.

Die Wirtschaftslage Polens.

Der Geldmarkt, die Exportlage, der Innenmarkt und die Produktion.

Die polnische Landeswirtschaftsbank befaßt sich in ihrem letzten Bericht mit der Wirtschaftslage Polens im Oktober und stellt fest, daß die Währungslage in Polen in der letzten Zeit eine wesentliche Besserung erfahren hat, wodurch der Bank Polski die Möglichkeit gegeben wurde, eine Diskontsenkung vorzunehmen. Dies hat eine weitere Senkung der Kreditkosten in Polen zur Folge gehabt. (Aber noch keine allgemeine, da durch die Politik der Postsparkasse der Privatgeldmarkt noch keine Erleichterung erfahren hat. Die Red.) Die Kredittätigkeit der Banken war mit Rücksicht auf die schwache Einlagetätigkeit wesentlich abgeschwächt. Es ist ein Mangel an Diskontmaterial verzeichnet worden, wenn man von dem saisonmäßigen Anwachsen der Geldnachfrage im Zusammenhang mit der erhöhten Produktion absieht. Auf den Einlagestand hat gleichfalls der Kursrückgang des Dollars und die anhaltende Konvertierung der Dollareinlagen in Zlotyeinlagen eingewirkt.

Unter diesen Voraussetzungen hat die Liquidität im allgemeinen keine Besserung erfahren. Ein Grund hierfür war die schlechte Zahlungsfähigkeit bei landwirtschaftlichen Verpflichtungen. Die Landwirtschaft war gezwungen, ihre Produkte oft zu ungünstigen Preisen zu veräußern. Die niedrige Preislage vermindert den Geldwert der landwirtschaftlichen Ausfuhr, wenngleich diese Ausfuhr beträchtlich gestiegen ist. Die Möglichkeit, im Auslande polnische Züchtereiprodukte abzusetzen, war weiterhin sehr begrenzt.

Der allgemeine Stand der industriellen Produktion war im Oktober höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Produktionssteigerung war in den einzelnen Zweigen im letzten Monat jedoch nicht einheitlich und war im hohen Maße von Saisonfaktoren beeinflußt. Eine stärkere Förderung war lediglich im Kohlenbergbau wahrzunehmen, die Petroleumförderung ist im Vergleich zum September etwas gestiegen.

Die Produktion der Eisenhütten wurde hauptsächlich durch den Exportrückgang an Eisenwaren eingeschränkt, überstieg jedoch die Produktionsausmaße des gleichen Zeitabschnittes im Vorjahre. Die Zinkhütten vergrößerten ihre Produktion und ihre Ausfuhr. In einzelnen Zweigen der Metallindustrie verzeichnete man einen lebhafteren Geschäftsgang, der im Zusammenhang mit zahlreichen Bestellungen steht. Die Textilindustrie konnte im Oktober ihren verhältnismäßig hohen Beschäftigungsstand aufrecht erhalten. In der chemischen Branche hat die Zwischensaison eine starke Schrumpfung im Absatz von Kunstdüngemitteln gebracht. Die Produktion in anderen Zweigen der chemischen Industrie ist gestiegen. Der starke Holzexport des letzten Monats ist im Oktober zurückgegangen. Die Lage der Holzindustrie verspricht für die nächste Zukunft günstig zu werden. Im Wohnhausbau hielt eine lebhafte Tätigkeit an. Im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Zolltarifes erfolgte eine starke Wareneinfuhr nach Polen. Gleichzeitig ging der Wert der Ausfuhr zurück, die Handelsbilanz schloß mit einem Fehlbetrage.

Polens Eisenhüttenproduktion im Oktober.

hat sich im Vergleich zum Vormonat bei den Stahl- und Walzwerken verringert, in den Hochofenbetrieben und Rohrwerken dagegen unbedeutend verbessert. Gleichzeitig ist der Inlandsabsatz der Walzwerke um 12 Prozent und der Auslandsabsatz um 25,89 Prozent zurückgegangen. Nach den Angaben des Verbandes der polnischen Eisenhütten stellt sich die Produktion der Hütten im Oktober wie folgt dar:

	im September 1933	im Oktober 1933
	in Tonnen	
Rohstoffe	26 674	27 260
Stahl	77 560	73 026
Walzwerkerzeugnisse	56 716	49 829

Die Produktion in den ersten 10 Monaten d. Js. weist im Vergleich zu demselben Zeitraum des vergangenen Jahres ein bedeutendes Ansteigen auf. Die Produktion in dem genannten Zeitraum drückt sich zahlenmäßig wie folgt aus:

	Jan.-Okt.	Ansteigen im Vergleich zu den ersten 10 Mononaten 1932	
	in Tonnen		in Prozent
Rohstoffe	259 665	102 415	65,13
Stahl	699 918	262 533	60,22
Walzwerkerzeugnisse	483 386	178 215	58,40

Die Ausfuhr von Walzwerkerzeugnissen auf Exportscheine im Oktober ging im Vergleich zum Vormonat bedeutend zurück. Im September wurden 29 623 Tonnen Walzwerkfabrikate ausgeführt, im Oktober dagegen nur 16 188 Tonnen, d. i. um 13 435 Tonnen oder 45,35 Prozent weniger. In der Hauptsache wirkte auf diesen bedeutenden Rückgang die Verminderung der Ausfuhr nach Sowjetrußland ein. Für die nächste Zeit sind sowjetrussische und andere Aufträge auszuführen. Die Ausfuhr der übrigen Erzeugnisse vergrößerte sich von 361 Tonnen im September auf 499 Tonnen im Oktober, d. h. um 38,23 Prozent.

Auch die Ausfuhr von Röhren stieg von 1683 Tonnen im September auf 2151 Tonnen im Oktober, also um 27,81 Prozent. Der Export gestaltete sich im Jahre 1933 bedeutend günstiger als im Jahre 1932. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden 196 553 Tonnen Walzwerkerzeugnisse und andere Fabrikate ausgeführt gegenüber 89 947 Tonnen im gleichen Zeitraum des Jahres 1932, ferner 19 099 Tonnen Rohre gegenüber 14 226 Tonnen in den ersten zehn Monaten des Vorjahres.

Der Ausbau der deutschen Wasserstraßen.

Vollendung des Mittellandkanals. — Erweiterte Seehafenpolitik.

Über die großen Arbeiten, die im Reiche auf dem Gebiete der Kanalbauten unternommen werden, geht uns folgender Artikel aus Berlin zu:

In der Person des Reichsverkehrsministers vereinigt sich jetzt alles, was mit dem öffentlichen Verkehr nur irgendwie in Verbindung oder Berührung steht. Wir stehen auch in der Verkehrspolitik vor einem neuen Abschnitt. Das Reich strebt nach Vereinheitlichung und Vereinfachung. Nicht mehr lokale Interessen sind ausschlaggebend, sondern die gesamtwirtschaftlichen Interessen Deutschlands. Neben dem Kraftfahrwesen wird vor allem der Ausbau der Wasserstraßen in Angriff genommen werden. Der Minister hat darüber Gedankengänge entwickelt, die bei der Wichtigkeit der Wasserstraßen eingehendere Beachtung verdienen.

Die größte und wichtigste Aufgabe der Wasserstraßenverwaltung ist die

Vollendung des Mittellandkanals.

Er gehört zu den meistumstrittenen Problemen der Verkehrsgeschichte. Wer die Wasserstraßenkarte Deutschlands unbefangen ansieht, muß erkennen, daß eine Verbindung des westlichen und des östlichen Wasserstraßensystems unerläßlich ist. Darum hat auch die Reichsregierung den von Preußen übernommenen Plan zur Vollendung des Mittellandkanals unbeirrt fortgeführt. Der Mittellandkanal muß und wird fertiggestellt werden, weil er eine staatliche und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Die Schiffahrtabgabe soll so gehalten werden, daß die Ruhrkohle niemals eine billigere Fracht nach Berlin haben kann, als sie für Oberschlesien erreichbar ist. Durch den Bau des Oberschlesischen Kanals und ermäßigte Zulauftarife der Reichsbahn auf der Strecke nach Cosel soll der Zugang der oberschlesischen Kohle zur Oder frachtlich so billig gestaltet werden, daß Oberschlesien seine Wettbewerbfähigkeit auf dem Berliner Markt aufrecht erhalten kann.

Wirtschaftliche Verschiebungen sind durch einen so gewaltigen Bau wie den Mittellandkanal unvermeidlich. Wenn man aber grundsätzliche Veränderungen im wirtschaftlichen Wettbewerb vermeiden wollte, so hätte man keine Eisenbahn bauen, keine Kraftwagen zulassen, keinen Flugverkehr entwickeln dürfen. Man müßte den technischen Fortschritt begraben und die Hände in den Schoß legen, damit niemand gezwungen wird, sich einer veränderten Lage anzupassen. Es ist überhaupt falsch, einen Kanal nach dem Maßstab privatwirtschaftlicher Rentabilität zu beurteilen. Es gibt wohl kaum einen Kanal, der die Betriebskosten deckt, der sein Anlagekapital verzinst und tilgt und noch einen Gewinn abwirft. Kanäle sind immer ein Geschenk an die Wirtschaft und müssen dort eingesetzt werden, wo es gilt, die Wirtschaft zu entwickeln. Es würde aber ebenso falsch sein, Kanäle zu bauen, die keinen weiteren Erfolg hätten, als den von anderen Verkehrsmitteln entwickelten Verkehr auf sich zu ziehen. Es bleibt von Fall zu Fall der Entschließung jeder Regierung überlassen, ob sie den Bau eines Kanals für die Erweiterung des Verkehrs für notwendig hält, und es wird immer eine der vornehmsten Aufgaben der Regierung sein, bei dieser Entschließung die Rücksicht auf die übrigen Verkehrsmittel zu wahren.

Die zweite große Aufgabe des Verkehrswasserbaus ist die Herstellung der

Verbindung vom Mai bis zur Donau,

die in ihren Anfängen auf der Strecke im Main von Aschaffenburg bis Würzburg und in der Donau von Regensburg bis Passau bereits besteht. Auch hier erleben wir das Streben nach der Erfüllung eines Traums, den schon Karl der Große gehabt und Goethe vor seienm geistigen Auge gesehen hat. Noch ist die Vollendung dieser Wasserstraße nicht abzusehen. Die Reichsregierung hat sich aber im Jahre 1921 der Bayerischen Staatsregierung gegenüber zum Ausbau verpflichtet und seither regelmäßig im Zusammenwirken mit der Bayerischen Regierung daran gearbeitet.

Der dritte in den Staatsverträgen vorgesehene Bau, die Kanalisierung des Neckars, geht bis Heilbronn ihrer Vollendung entgegen. Die große Sorge, daß die Schönheit und Romantik des Heidelberger Schlosses durch den Ausbau des Neckars verloren gehen könnte, ist verschwunden. Wer heute nach Heidelberg kommt und von den Mauern des Schloßberges auf den Neckar herabsieht, wird in dem Wehr unterhalb des Schlosses ein Beispiel dafür erkennen, wie wunderbar sich moderne Technik historischen Landschaftsbildern einzuordnen versteht.

Diese drei großen Aufgaben, die das Reich bei der Überleitung der Wasserstraßen von den Ländern fortzusetzen und fertigzustellen zugesagt hat, tragen ein partikulares Element in sich. Sie sind entsprungen aus den Bedürfnissen des preußischen, des bayerischen und des württembergischen Landes und gehen alle in ostwestlicher Richtung. So wenig sich das Reich den berechtigten Bedürfnissen der Länder entziehen darf, so sehr muß die Reichsregierung doch, wenn sie sich auf lange Sicht verkehrspolitisch orientieren will, sich auf die Südnordrichtung einstellen, d. h. auf den Verkehr zu den deutschen Seehäfen. Die natürlichen Flüsse in unserer norddeutschen Tiefebene verlaufen nicht von Ost nach West, sondern von Süd nach Nord. Soweit das Reich in der Aufbringung von Mitteln für die großen Ostwestverbindungen durch die Fertigstellung des Mittellandkanals und der Bauten am Main und Neckar im Reichshaushalt entlastet wird, muß es daran denken, in verstärktem Umfange die natürlichen Ströme auszubauen, ihnen eine gleichmäßige Wasserführung zu geben und da, wo die Flüsse im Sommer unter Niedrigwasser und Trockenheit leiden, durch Aufspeicherung in Talsperren Zuschußwasser bereitzustellen.

Die Wasserstraßenpolitik ist für die nächsten Jahrzehnte eine

erweiterte Seehafenpolitik.

Der Binnenschiffahrtsverkehr ist überwiegend ein Verkehr mit Seehäfen. Im Rahmen dieser Gesamtauffassung liegt es, wenn sich das Reich seit der Zeit, als es die Seewasserstraßen von den Ländern übernahm, des Ausbaus und der Vervollkommnung der seewärtigen Zugänge zu den Häfen besonders angenommen hat. Die untere Elbe, die untere Oder und die untere Weser wurden früher von den Ländern wesentlich als Zubehör der Häfen angesehen und den Trägern der Hafenunternehmen zum Ausbau oder auch zur Verwaltung überlassen. Das Reich hat mit dieser Praxis grundsätzlich gebrochen und die Verwaltung und den Ausbau der Seewasserstraßen nach einheitlichen Gesichtspunkten geordnet. Hamburg, Stettin, Bremen und Emden, vor allen Dingen aber auch Königsberg, sind heute für die Regelschiffe des Weltverkehrs allgemein zugänglich. Ausbau der Ströme und Ausbau der seewärtigen Zugangsstraßen zu den Seehäfen wirken zusammen, um Deutschlands Wirtschaft die Geltung auf den Weltmärkten zu ermöglichen. ##

Zinssenkung der Postsparkasse.

Die polnische Postsparkasse setzt den von ihr gezahlten Einlagenzins mit dem 1. Dezember von bisher 5 auf künftig nur noch 4 Prozent herab; die am 1. Dezember bereits vorhandenen Einlagen erhalten den alten Zinssatz von 5 Prozent nur noch bis zum 1. Januar 1934. Die Kommunalsparkassen sind von der Regierung verpflichtet worden, ihre Kreditzinsen gleichfalls zu ermäßigen.

Frankreich will mit England über Zölle verhandeln

Haltbamtliche in London einlaufende Meldungen besagen „Financial News" zufolge, daß die Franzosen den Sonderzoll in Höhe von 15 v. H. auf englische Waren infolge der englischen Androhung von Gegenmaßnahmen zurückziehen werden. Die Aufhebung des Sonderzolles werde voraussichtlich zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden, wobei Frankreich das eine oder andere Zugeständnis von England erhoffe.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 30. November auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Der Zloty am 29. November. Danzig: Ueberweisung 57,68—57,80, bar 57,70—57,81, Berlin: gr. Scheine 46,825—47 225, Wien: Ueberweisung 79,35, Prag: Ueberweisung 385,00, Paris: Ueberweisung 287,00, Zürich: Ueberweisung 57.95, Mailand: Ueberweisung —,—, London: Ueberweisung 29,31.

Warschauer Börse vom 29. Novbr. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 123,80, 124,11 — 123,49, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 357,85, 358,75 — 356,95, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 131,00, 131,65 — 130,35, London 29,33, 29 47 — 29,19, Newyork 5,58 5,61 — 5,55, Oslo —, Paris 34,86, 34,95 — 34,77, Prag 26,44, 26,50 — 26,38, Riga —, Sofia —, Stockholm 151,25, 152,00 — 150,50, Schweiz 172,35, 172,78 — 171,92, Tallin —, Wien —, Italien 46,85, 46,97 — 46,73.

Freihandelskurs der Reichsmark 212,55.

Berlin, 29. November. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,656—2,662, London 13,79—13,83, Holland 168,68—169,02, Norwegen 69 28 bis 69,42, Schweden 71,13—71,27, Belgien 58,21—58,33, Italien 22,09 bis 22,13, Frankreich 16,40—16,44, Schweiz 81,20—81,36, Prag 12,415 bis 12,435, Wien 48,05—48,15, Danzig 81,47—81,63, Warschau 47,025—47,225.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,50 Zl., do. Kanada 5,57 Zl., 1 Pfd. Sterling 29,05 Zl., 100 Schweizer Franken 171,67 Zl., 100 franz. Franken 34,72 Zl., 100 deutsche Mark 211,00 Zl., 100 Danziger Gulden 172,58 Zl., Ital. Lire 46,57 Zl., Belgisch Belgas 123,30 Zl., holländischer Gulden 356,45.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 29. November. Es notierten: 5proz. Staatliche Konvert.-Anleihe 49,75 G., $4^{1}/_{2}$proz. Gold-Pfand-Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 Dollar = 5,77) 43,50—43 B., 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 39,50 B., 4proz. Prämien-Dollaranleihe (Serie 3) 47,75 G., Bank Polski 78 G. Tendenz unverändert. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 29. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	637,5 to	14.75
	90 to	$14.68^{1}/_{2}$

Richtpreise:

Weizen	18.25—18.75	Klee, gelb, ohne Schalen	90.00—110.00
Roggen	14.50—14.75	Senf	35.00—37.00
Gerste 695—705 kg	13.25—13.50	Weizen- u. Roggenstroh, lose	1.25—1.50
Gerste 675—685 kg	12.75—13.00	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	1.75—2.00
Braugerste	—.—	Hafer- und Gerstenstroh, lose	1.25—1.50
Hafer	13.00—13.25	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	1.75—2.00
Roggenmehl (65%)	20.75—21.00	Heu, lose	5.75—6.00
Weizenmehl (65%)	29.50—31.50	Heu, gepreßt	6.25—6.75
Weizenkleie	9.50—10.00	Netzeheu, lose	6.25—6.75
Weizenkleie (grob)	10.50—11.00	Netzeheu, gepreßt	7.25—7.75
Roggenkleie	10.25—10.75	Blauer Mohn	53.00—57.00
Winterraps	39.00—40.00	Leinkuchen	19.50—20.50
Sommerwicke	15.00—16.00	Rapskuchen	16.50—17.00
Peluschken	14.50—15.50	Sonnenblumenkuchen 46—48%	19.00—20.00
Viktoriaerbsen	21.00—23.00	Sojaschrot	23.00—23.50
Folgererbsen	21.00—23.00		
Speisekartoffeln	4.25—4.50		
Fabrikkartoff. p. kg%	0.21		
Serradella	13.50—15.50		
Klee, rot	170.00—220.00		
Klee, weiß	80.00—120.00		

[illegible]: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 480 to, Weizen 60 to, Gerste 45 to, Hafer 10 to, Roggen- [illegible]zenkleie 15 to, Roggenmehl 15 to, Kartoffelmehl 15 to, Viktoriaerbsen 60 to, Fabrikkartoffeln 165 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen Weizen, Hafer, Brau- und Mahlgerste, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 30. November. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	227 to	14.55—14.70	Roggenkleie	— to	—.—
Weizen	— to	—.—	Weizenkleie	— to	—.—
Mahlgerste	— to	—.—	Viktoriaerbsen	— to	—.—
Hafer	75 to	13.50—13.60	Felderbsen	— to	—.—
Rapskuchen	— to	—.—	Sommerwicken	— to	—.—
Roggenm. 65%	— to	—.—	Sonnenblumenkuchen	— to	—.—
Weizenm. 65%	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	14.25—14.50	Lupinen, gelbe	—.—
Weizen	18.25—18.75	Gelbklee, abgesch.	90.00—100.00
Braugerste	14.50—15.50	Weißklee	80.00—100.00
Mahlgerste	12.75—13.00	Rotklee	170.00—200.00
Hafer	13.25—13.40	Speisekartoffeln	3.50—4.00
Roggenmehl 65%	21.00—21.75	Fabrikkartoff. p. kg%	0.20
Weizenmehl 65%	30.00—32.00	Leinkuchen	19.00—20.00
Roggenkleie	10.25—10.75	Rapskuchen	15.50—16.50
Weizenkleie, fein	10.00—10.50	Sonnenblumenkuch.	19.00—20.00
Weizenkleie, grob	10.50—11.00	blauer Mohn	56.00—59.00
Raps	33.00—35.00	Senf	32.00—34.00
Winterrübsen	35.00—37.00	Leinsamen	35.00—37.00
Peluschken	13.00—14.00	Wicken	13.50—14.50
Felderbsen	17.00—19.00	Netzeheu, lose	6.00—6.50
Viktoriaerbsen	22.00—24.00	Netzeheu gepreßt	7.00—7.50
Folgererbsen	22.00—24.00	Roggenstroh, lose	1.25—1.50
Serradella, neu	13.00—14.00	Roggenstroh, gepreßt	1.75—2.00

Allgemeine Tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	455 to	Fabrikkartoff.	340 to	Hafer	120 to
Weizen	130 to	Speisekartoff.	— to	Peluschken	34 to
Mahlgerste	155 to	blauer Mohn	— to	Grütze	— to
Braugerste	10 to	weißer Mohn	— to	Mischkuchen	— to
Roggenmehl	10 to	Rotklee	— to	Leinenkuchen	— to
Weizenmehl	51 to	Weißklee	— to	Mohnkuchen	— to
Viktor.-Erbs.	25 to	Schwedenklee	— to	Zuckerrüben	— to
Folger-Erbs.	18 to	Gelbklee	— to	Nudeln	— to
Feld-Erbsen	— to	Inkarnatklee	— to	Wicken	— to
Roggenkleie	43 to	Wundklee	— to	Rübensamen	— to
Weizenkleie	58 to	Gerstenkleie	— to	Gersten-Schrot	— to
blaue Lupinen	— to	Serradella	10 to	Gemenge	— to
Kartoffelflock.	— to	Senf	— to	Rapskuchen	— to

Gesamtangebot 1797 to.

Warschau, 29. November. Getreide, Mehl und Futtermittelabschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Einheitsroggen 14,25—14,75, Einheitsweizen 20,50—21,00, Sammelweizen 20,00—20,50, Einheitshafer 13,50—13,75, Sammelhafer 13,00—13,25, Braugerste 15,00—15,50, Mahlgerste —,—, Grützgerste 13,50—13 75, Speisefelderbsen 22,00—24,00, Viktoriaerbsen 26,00—30,00, Winterraps 41,00—43,00, roher Rotklee ohne dicke Flachsseide 140,00—160,00, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 180,00—200,00, roh. Weißklee 70,00—90,00, roh. Weißklee bis 97% ger. 90,00—110,00, Luxus-Weizenm. (45%) 1. Sorte 36,00—42,00, Weizenm. (65%) 1. Sorte 32,00—36,00, Weizenmehl 2. Sorte (20% nach Luxus-Weizenmehl) 28,00—32,00, Weizenmehl 3. Sorte 17,00—25,00, Roggenmehl I 24,00—25,00, Roggenmehl II 17,50—18,50, Roggenmehl III 18,00 bis 19,00, grobe Weizenkleie 11,00—11,50, mittlere 10,00—10,50, Roggenkleie 9,25—9,75, Leinkuchen 18,50—19,00, Rapskuchen 14,50—15,00, Sonnenblumenkuchen 19,00—19,50, doppelt gereinigte Serradella 11,00—12,00, blaue Lupinen 6,00—6,50, gelbe —,—, Peluschken 13,50 bis 14,50, Wicken 14,00—15,00, Winterrübsen 38,00—40,00, Sommerrübsen 39,00—41,00, blauer Mohn 58,00—65,00, Leinsamen 39,00—40,00, Soja-Schrot 23,00—24,00, Speisekartoffel 4,00—4,25.

Umsätze 3545 to, davon 2255 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Danziger Getreidebörse vom 29. November. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Pfd. 11,40 Roggen 9,00—9,10, Gerste, feine 9,60 bis 10,00, Futtergerste 8,70—9,50, Hafer 8,40—8,75, Viktoriaerbsen 13,00 bis 15,75, grüne Erbsen 12,50—15,70, Roggenkleie 6,25—6,50, Weizenkleie 7,00—7,25, Peluschken 8,90—9,25, Wicken 9,00—9,90 G. per 100 kg frei Danzig.

Die Marktlage ist unverändert ruhig. Weizen ist mit G 11,75 per 100 kg erhältlich Roggen notiert Zl. 15,60 = G. 9,00 zur Ausfuhr franko Danzig. Futtermittel fester.